

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Juli–September



3/2011

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik
Nr. 3/2011
Juli–September 2011

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Oktober 2011

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
Teilnahme am Zensus 2011 erfreulich hoch ...	5
Auf ein Wort: Vizepräsident des Statistischen Bundesamts – Dieter Sarreither	6
58. Jahrestagung des Statistischen Beirats	8
Statistische Ämter Europas zu Gast in Wiesbaden	9
10. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) in Wiesbaden	9
Informationen zum Zensus 2011	11
Welche Befragungen stehen noch an?	11
Wie zählen andere Staaten ihre Bevölkerung?	12
Interview mit dem Chefstatistiker der EU	12
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	12
Aktuelles aus dem STATmagazin	12
Virtuelles Wissens- und Lernportal (VSS) der Weltbank	13
Statistisches Jahrbuch 2011	13
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich	14
Bürokratiekostenmessung	14
Belastungsbarometer für Wirtschaftsstatistiken	14
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation	14
Konferenz Europäischer Statistiker	14
5. INSPIRE-Konferenz	16
Europe 2020 Indicators Network Group	16
OECD Arbeitsgruppe „Indikatoren für die Informationsgesellschaft“	17
58. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts	17
Walter Radermacher zu Besuch im Statistischen Bundesamt	18
Statistische Woche 2011 in Leipzig	18
Wissenschaftliche Tagung „Umfrageforschung – Entscheidungsgrundlage für Politik und Wirtschaft“	19
Qualitätssicherung bei qualitativen Pretests	19
Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik	20
Deutsch-Chinesische Kooperationsaktivitäten	20
EDS: Erstes Servicejahr mit Vollfinanzierung erfolgreich abgeschlossen	20
Veranstaltung „Alter im Wandel“ in Berlin	21
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise	22
Auf ein Wort: Leiterin der Abteilung – Irmtraud Beuerlein	22
Vorankündigung: Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“	24
Große Revisionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	24
Unternehmensregister, Industrie, Dienstleistungen	24
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“	24
Positive Bilanz für Deutsch-Chinesisches Projekt	26
Die Kennzeichnung des Dritten Sektors im statistischen Unternehmensregister	26
Eurostat-Delegation zum Informationsaustausch in Wiesbaden	27
Rund 577 000 Handwerksunternehmen in Deutschland	27
Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen mit Finanzierungsbedarf 2010 konstant	27
Unfallreiches Jahr 2010	28

Bevölkerung, Finanzen und Steuern	28
Qualität des Mikrozensus aus Sicht der Wissenschaft	28
Zahl der Einbürgerungen 2010 leicht angestiegen	28
Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland hatte 2010 einen Migrationshintergrund	29
24 904 Euro öffentliche Schulden je Einwohner/-in 2010	29
Umwelt, Außenhandel	29
Vorankündigung: Fachausschuss „Handelsstatistik“	29
Abfallentsorgung	29
Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen	30
Soziales, Bildung	30
Armutsgefährdung in den Bundesländern weiter unterschiedlich	30
Kaufmann/-frau im Einzelhandel 2010 häufigster Ausbildungsberuf	30
Personalnachrichten	31

Anhang

Tagungskalender

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Oktober 2011

Teilnahme am Zensus 2011 erfreulich hoch ...



Sehr geehrte Mitglieder des Statistischen Beirats, sehr geehrte Damen und Herren, nach dem Sommer gilt es nun, den Jahresendspurt zu meistern. Das Jahr ist erwartungsgemäß vor allem durch den Zensus 2011 bestimmt. Der Zensus geht weiter voran: Rund fünf Monate nach dem Stichtag 9. Mai 2011 wurden die meisten Fragebogen für die Gebäude- und Wohnungszählung bereits zurückgesandt. Viele Millionen Menschen haben ihre Angaben beim Zensus gemacht. In den kommenden Wochen und Monaten werten die statistischen Ämter die ausgefüllten Fragebogen sowie die Registerdaten – etwa von den Einwohnermeldeämtern – aus. Bei diesen Auswertungen kann es vorkommen, dass manche Angaben widersprüchlich sind oder wichtige Angaben fehlen. Damit am Ende das Ergebnis stimmt, müssen diese Unklarheiten beseitigt werden. Deswegen gibt es ab Herbst verschiedene Nachbefragungen (siehe hierzu Seite 11). Ziel dieser Nachfragen ist, Unklarheiten zu beseitigen, um so eine hohe Datenqualität zu gewährleisten.

Viele tausende Bürgerinnen und Bürger haben bereits das Angebot der speziell für den Zensus eingerichteten Servicenummern der statistischen Ämter genutzt. So haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Zensus-Hotline von Oktober 2010 bis August 2011 rund 48 000 Gespräche angenommen. Insgesamt haben wir etwa 2 228 Stunden lang Rede und Antwort gestanden. Dabei geht es durchaus emotional zu, wenn die Telefonanrufe von Bürgerinnen und Bürgern zum Zensus 2011 in unserem Servicecenter entgegengenommen werden. Intern übrigens wegen der Geräuschkulisse auch als „Bienenstock“ bezeichnet. Darüber hinaus haben wir mehr als 65 000 schriftliche Zensus-Anfragen in den letzten fünf Monaten bearbeitet. Am 9. Mai 2011 kam etwa alle drei Sekunden eine neue schriftliche Anfrage per Kontaktformular, E-Mail oder Fax an. Presse- und Informationsservice, Zensuskommunikation, Zensusfachbereich, das Rechtsreferat, die IT-Sicherheit, der Datenschutzbeauftragte und viele mehr arbeiten Hand in Hand an der Beantwortung dieser Anfragen. Und der Stand heute ist: Die schriftlichen Anfragen sind alle beantwortet!

Sehr geehrte Mitglieder des Statistischen Beirats, Kooperieren setzt nicht nur Wissen, sondern auch Kennen voraus. Mit der neuen Interviewreihe „Auf ein Wort“ möchten wir Ihnen in dieser Ausgabe „alte“ Bekannte aus dem Statistischen Bundesamt vorstellen, die in neuen leitenden Funktionen tätig sind. Für dieses Heft befragten wir meinen Stellvertreter, den Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither, und die neue Leiterin der Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise“, Irmtraud Beuerlein. Beide haben nun schon mehr als 100 Tage in ihren neuen Wirkungsbereichen gearbeitet. Zeit für eine erste Bilanz und ein guter Zeitpunkt, um über erste Erfahrungen zu berichten.

Ihr

Auf ein Wort: Vizepräsident des Statistischen Bundesamts – Dieter Sarreither



Mit Wirkung vom 1. Juli 2011 wurde Dieter Sarreither die Funktion des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes übertragen.

Herr Sarreither, Sie sind nun seit gut 100 Tagen Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes und seit dem 1. August d. J. zugleich stellvertretender Bundeswahlleiter.

Auf diesem Wege nochmals die besten Wünsche!

Wenn Sie kurz auf die vergangenen drei Monate zurückblicken: Was ist Ihr erstes Resümee? Wie waren Ihre bisherigen Eindrücke?

Die Aufgaben als Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes stellen natürlich neue Anforderungen an mich. Die Vielfalt der fachlichen und methodisch-technischen Fragestellungen ist nochmals gewachsen. Ebenso hat die Steuerung strategischer Maßnahmen auf meiner neuen Position stark zugenommen.

Ein positiver Aspekt für mich ist, dass ich unsere Vorhaben von der ersten Idee über das Grobkonzept bis hin zu einer fundierten Vorlage – beispielsweise im Statistischen Beirat – mit beeinflussen und entscheiden kann. Es gefällt mir gut, dass ich noch stärker als bisher eine „gestaltende Rolle“ innehabe. Ich kann die fachlichen Diskussionen von Anfang an steuern, indem ich hierzu die abteilungsübergreifenden Ziele oder strategischen Stoßrichtungen einbringe. Ich denke, dabei geht es auch darum, Wege zu ebnen. Das erlaubt mir wiederum, Einfluss nehmen zu können, wie sich das Statistische Bundesamt auf mittlere Sicht hin entwickeln wird. Das ist jedoch nur eine, wenn auch sehr maßgebliche Seite. Neben den Fachaufgaben ist das Statistische Bundesamt aber auch ein komplexes soziales Gefüge. Das bringt wiederum ganz neue Elemente der Arbeit mit sich, wie etwa den regelmäßigen Kontakt mit den Interessenvertretungen.

Ändert sich der Blickwinkel auf die amtliche Statistik, wenn man selbst das Zepter mit in der Hand hat?

Ja. Entscheidungen müssen mit all ihren Facetten und Querbezügen vorbereitet werden. Dabei ist es mir wichtig, immer auch die inhaltlichen Verbindungen zu den strategischen Zielen im nationalen und internationalen Bereich herzustellen.

Wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte in den nächsten Monaten?

Nach wie vor natürlich in unserem Großprojekt Zensus und allen damit verbundenen Prozessen, Koordinierungs- und Abstimmungsarbeiten. Herr Egeler und ich werden den Zensus 2011 weiterhin intensiv begleiten.

Präsident Egeler und ich haben einen Arbeitsschnitt vereinbart. So habe ich bereits einen Teil der Aktivitäten bei der Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern in den entsprechenden Statistikgremien übernommen. Aktuell sind das vor allem die „Konferenz Europäischer Statistiker (CES)“ und der „Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI)“. In der europäischen und internationalen Zusammenarbeit sehe ich eine breitgefächerte Wissensbasis für die amtliche Statistik in Deutschland. Wenn Vertreter anderer Nationen ihre Lösungen erläutern, ist das immer auch eine Bereicherung des eigenen Wissens. Wir erhalten eine Bandbreite an Möglichkeiten, für das eigene statistische System passende Lösungen zu entwickeln. Auch vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte ist dies m. E. ein zielführender Weg.

Auch die supranationale Zusammenarbeit mit Eurostat wird sich maßgeblich auf unser Statistikprogramm und die Statistikprozesse auswirken. Beispielhaft will ich die grundsätzlichen Fragen zur Standardisierung im methodischen/fachlichen Bereich erwähnen, die hier auf der Tagesordnung stehen.

Persönlich freue ich mich auch auf meine Arbeit als Vorsitzender des Abteilungsleitungsgremiums „Fachstatistik“.

Apropos „Standardisierung“ – Was halten Sie von den technischen Standardisierungsvorhaben durch die EU?

Standardisierungen bieten grundsätzlich die Möglichkeit der Vereinheitlichung. Unser Augenmerk liegt ganz klar auf der Outputorientierung der technischen Standardisierung. Daten und Informationssysteme können inhaltlich abgestimmt und

miteinander vernetzt werden. Dabei sollten natürlich immer die Kerngrößen Wirtschaftlichkeit und Qualität im Vordergrund stehen.

Was sind Ihrer Einschätzung nach die wichtigsten Aufgaben, die die Bundesstatistik in den nächsten Jahren meistern muss?

In den vielfältigen Arbeiten zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik sehe ich einen prägenden Schwerpunkt. Hier können wir ganz wesentliche Elemente unserer Arbeit – unsere fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen – modernisieren. Ich denke, wir können damit auch als Folgewirkung unseren langfristigen Handlungsrahmen mit gestalten. Die Modernisierung unseres Aufgabenfeldes ist eine nahezu einmalige Möglichkeit.

Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse des Beirats-Workshops dieser Thematik am 18. Oktober d. J. Ich halte es für einen guten Weg, den Statistischen Beirat frühzeitig und aktiv einzubinden. So erhalten wir vielfältige Ansätze und können auch die verständlicherweise unterschiedlichen Blickwinkel auf die amtliche Statistik berücksichtigen. Schließlich machen wir doch die Statistiken für unsere Nutzer, für Sie sind wir da.

Darüber hinaus sind aus meiner Sicht noch die Reformprojekte großer Statistiksyste, wie die Haushalts- und Sozialstatistiken sowie die Unternehmensstatistiken, zu nennen.

Was gefällt Ihnen an Ihrer jetzigen Tätigkeit/Funktion ganz besonders?

Bildlich gesprochen ist das der 360-Grad-Blick auf die Gesamtheit der Statistik des Hauses – vergleichbar mit einer „3D“-Brille: Kernprozesse, Führungsprozesse und Unterstützungsprozesse laufen bei der Amtsleitung zusammen und ergeben einen fast schon plastischen Überblick mit Tiefenwirkung. Ich denke dabei vor allem an drei Elemente, die mir die Möglichkeit geben, frühzeitig die Richtung mitzubestimmen und zu steuern: (1) Im Vorfeld die strategisch-fachlichen Aspekte, (2) die methodischen Lösungsvorschläge und abschließend (3) die technischen Lösungen. Das ist sehr reizvoll.

Sie sind von Haus aus Diplom-Mathematiker. Fehlt Ihnen manchmal das wissenschaftlich-methodische Arbeiten?

Ich möchte es so formulieren: Manchmal muss das streng mathematisch logische Rechenkalkül dem Machbaren – manchmal auch dem Pragmatischen – weichen. Ich gehe dann in der Regel so vor, die „mathematisch-statistische Gedankenwelt“ um die juristische Gedankenwelt und mein Erfahrungswissen aus der Praxis zu ergänzen. Idealerweise sollten bei fachlichen (Weiter-)Entwicklungen oder Entscheidungen alle drei Wissensebenen ausbalanciert werden.

Wie schätzen Sie die bisherige Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Beirat ein und welche Rolle schreiben Sie dem Statistischen Beirat zu?

Der Statistische Beirat ist für uns im Bundesamt zweifelsohne das wichtigste Beratungsgremium. Es repräsentiert unsere Nutzer, Produzenten und Befragten. In meiner Zeit als IT-Direktor habe ich dieses Gremium vor allem durch sein unermüdtliches Engagement bei der Einführung neuer Technologien – wie z. B. den Online-Erhebungen – schätzen gelernt. Seine Ideen und Impulse haben zur Effizienzsteigerung in der amtlichen Statistik und zur Entlastung der Befragten geführt.

Der Statistische Beirat fungiert im übertragenen Sinne oft wie ein „Türöffner“ für Gedanken, Ideen und Techniken, die die amtliche Statistik zu Wissenschaft und Wirtschaft aufbringt. Durch die Schnellebigkeit unserer Zeit, braucht man genau so ein Gremium wie den Statistischen Beirat. Mit seiner Expertise aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft unterstützt er das Statistische Bundesamt. Als Ratgeber und Fürsprecher kann der Beirat sehr früh fachliche sowie technische Themen aufgreifen und bereits im Vorfeld Ideen konkretisieren. Man kann sagen, dass er bei der Mitgestaltung des Statistischen Programms den ersten Grundriss entwirft.

Und zum Abschluss ... wenn Sie einen Wunsch frei hätten, dann würden Sie gerne ...

... einen dauerhaften Beitrag dazu leisten, das Verständnis für die amtliche Statistik in Politik und Gesellschaft weiter zu vertiefen.

Herr Sarreither, vielen Dank für das Gespräch und die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben!

58. Jahrestagung des Statistischen Beirats

Am 28. Juni 2011 fand in Wiesbaden die diesjährige Tagung des Statistischen Beirats statt. Der Statistische Beirat berät das Statistische Bundesamt bei der Weiterentwicklung des Programms der Bundesstatistik. Dementsprechend standen neue programmatische Anforderungen im Mittelpunkt der Tagung.

Zunächst wurde das Thema „Erfassung der betrieblichen Altersvorsorge“ behandelt. In der Arbeitskostenerhebung 2008 wurden der Arbeitgeberseite erstmals Fragen zur betrieblichen Altersvorsorge gestellt. Der Statistische Beirat wünscht die Fortführung dieser Erhebung. Daneben wurde eine Machbarkeitsstudie für eine Personenbefragung durchgeführt, die jedoch gezeigt hat, dass sich eine derartige Erhebung aufwendiger gestalten würde. Viele Angestellte sind nur unzureichend über ihre betriebliche Altersvorsorge informiert. Es müsste deshalb ein mehrstufiger Ansatz gewählt werden, bei dem sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber Auskünfte erteilen. Um die Rahmenbedingungen zu verbessern, hat sich der Statistische Beirat dafür ausgesprochen, Standard-Jahresmitteilungen einzuführen. Damit sollten die Versicherungsträger jährliche Verbraucherinformationen an die Begünstigten zu allen Anwartschaften übermitteln.

Ein weiteres Thema der Sitzung des Statistischen Beirats war die Durchführung einer dritten deutschen Zeitbudgeterhebung. Hierzu hatte der Statistische Beirat im Jahr 2010 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die den Nutzerbedarf und die Machbarkeit einer neuen Zeitbudgeterhebung identifizieren sowie Erhebungsziele und Finanzierungsmöglichkeiten abstecken sollte. Mittlerweile hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Grundfinanzierung der dritten Zeitbudgeterhebung (für das Basismodul) übernommen.

Über die Fortentwicklung des Bundesstatistikgesetzes wurde breit und angeregt diskutiert. Ministerialdirigent Dr. Georg Thiel vom Bundesministerium des Innern präsentierte einen Umsetzungsplan, der den Zeitrahmen für die Fortentwicklung des Bundesstatistikgesetzes absteckt. Danach soll dem Deutschen Bundestag im Frühjahr 2012 ein erstes Paket vorgelegt werden, mit dem drei Änderungsmaßnahmen kurzfristig in das Bundesstatistikgesetz aufgenommen werden sollen:

- die verpflichtende Einführung einer elektronischen Datenübermittlung bei Statistikmeldungen von Unter-

nehmen und öffentlichen Einrichtungen (Online-Meldungen),

- die Georeferenzierung von statistischen Daten (Nutzung raumbezogener Angaben für kleinräumige Auswertungen) und
- die Bereitstellung statistischer Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke in Forschungsdatenzentren.

Für diese Änderungen soll das E-Government-Gesetz als Artikelgesetz genutzt werden. Anschließend soll mit einem zweiten Paket die weitere Fortentwicklung des Bundesstatistikgesetzes eingeleitet und zu Beginn der 18. Legislaturperiode in den parlamentarischen Prozess eingebracht werden.

Ein weiteres Thema war die Aufnahme eines zusätzlichen Merkmals zum Auftragsbestand in den Monatsbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass nicht alle Aufträge, die im Auftragseingangsindex nachgewiesen werden, auch in die Produktion gehen. Deshalb sollte aus Sicht wichtiger Nutzergruppen ein Auftragsbestandsindex den Auftragseingangsindex ergänzen.

Den Abschluss des Themenkomplexes „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ bildete der Außenhandel mit Ausführungen zum Papier „[International Trade Information Systems in 2020: A vision for the future](#)“. Der Statistische Beirat unterstützt diese Initiative zur Verbesserung der globalen Handelsstatistik und der damit verbundenen Erfassung globaler Wertschöpfungsketten (siehe hierzu auch den Beitrag von Loschky, A.: „Außenhandel 2010 – eine Geschichte von Gewinnern und Verlierern“ in [WiSta 4/2011](#), Seite 353 ff.). Er bittet das Statistische Bundesamt, sich konstruktiv an der Weiterentwicklung zu beteiligen.

Anschließend informierte das Statistische Bundesamt über die aktuellen Entwicklungen in der europäischen und internationalen Statistik.

Weitere Themen der Tagung waren u. a.:

- Stand der Arbeiten in den zentralen Projektteilen des Zensus 2011,
- die aktuellen Entwicklungen bei der Messung von Fortschritt, Wohlfahrt und nachhaltiger Entwicklung,
- die Reform der Unternehmensstatistik,
- die Weiterentwicklungen in der Regionalstatistik und
- die elektronische Kodierung in der Todesursachenstatistik / Nutzung von Mortalitätsdaten.

Statistische Ämter Europas zu Gast in Wiesbaden



Vom 26. bis 27. September 2011 fand die jährliche Konferenz der Leiter der

Statistischen Ämter der Europäischen Union (DGINS) in Wiesbaden statt. Das Statistische Bundesamt war dieses Jahr der Gastgeber der Konferenz, die jedes Jahr in einem anderen Land stattfindet. Eröffnet wurde die Konferenz mit Begrüßungsworten von Frau Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe vom Bundesministerium des Innern (BMI).

Am ersten Tag der DGINS, die sich traditionell mit strategischen Schwerpunktthemen befasst, beschäftigten sich die Amtsleiter und Amtsleiterinnen – nach einem Impulsreferat von Abteilungsleiterin Sibylle von Oppeln-Bronikowski über das Qualitätsmanagement im deutschen statistischen System – mit der Situation des Europäischen Statistischen Systems (ESS) 6 Jahre nach Erlass des „Verhaltenskodex für europäische Statistik“ („Code of Practice“). Gleichzeitig wurde die Umsetzung des auf der DGINS in Krakau 2006 vereinbarten „Krakauer Aktionsplans“ in den letzten fünf Jahren diskutiert. Ziel des Krakauer Aktionsplans war die institutionelle Neustrukturierung des ESS. Seine Umsetzung ist mittlerweile weitestgehend abgeschlossen. Mittlerweile ist das ESS organisatorisch und in seiner Gremienstruktur gut aufgestellt. Es gibt aber wichtige aktuelle Herausforderungen, die partnerschaftlich gelöst werden müssen. Dabei wurde das ESS mit einem „Haus“ verglichen, in dem die Situation der Mitgliedstaaten noch stark divergiert, das sich aber auf gemeinsame starke Säulen stützen kann. Vertieft wurde das Thema Unabhängigkeit der Nationalen Statistischen Ämter und von Eurostat diskutiert. Die weitere Umsetzung des Code of Practice – vor allem hinsichtlich der institutionellen und qualitätsmäßigen Aspekte – soll auf der Basis der Arbeiten der Sponsorship Group „Qualität“, der Revision der EG-Statistik Verordnung (Nr. 223/2009) und der geplanten „Verpflichtung für zuverlässige Statistiken“ mit den Mitgliedstaaten erfolgen.

Im Mittelpunkt des zweiten Tages stand die „Neukonzeption der Haushalts- und Sozialstatistiken“. Im ersten Teil ging es um den Inhalt („Was“) der Haushalts- und Sozialstatistiken. Dabei wurden die Ergebnisse der Task Force 1 „Haushaltssektor und Verteilung von Einkommen, Konsum, Vermögen“ und der Task Force 3 „Mehrdimensionale Erfassung der Lebensqualität“ der Sponsorship Group zur

Umsetzung des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichts vorgestellt. Anschließend präsentierten die Mitgliedstaaten nationale Beispiele für neue Ansätze zur Messung der Lebensqualität innerhalb der Haushalts- und Sozialstatistik. Im zweiten Teil diskutierten die Teilnehmer die Architektur („Wie“) eines neuen Systems der Haushalts- und Sozialstatistiken. Einleitend informierte Eurostat dabei über seine Vorstellung zur Modernisierung der Haushalts- und Sozialstatistiken. In den folgenden Beiträgen stellten die Mitgliedstaaten Beispiele für die Nutzung unterschiedlicher Erhebungsmethoden und administrativer Daten in den Haushalts- und Sozialstatistiken sowie das System der laufenden Wirtschaftsrechnung als mögliche Teile der neuen Architektur vor.

Deutschland brachte sich vor allem durch seine Beiträge zur Zeitbudgeterhebung 2012, zur Nutzung unterschiedlicher Erhebungsmethoden („Mixed Mode Approach“) bei der Arbeitskräfteerhebung sowie zur Nutzung von Verwaltungsdaten beim Zensus 2011 ein.

Die Beschlüsse der DGINS sind im [„Wiesbaden Memorandum“](#) zusammengefasst. Das „Wiesbaden Memorandum“ beschließt den strategischen Rahmen des neuen Systems der Haushalts- und Sozialstatistiken. Die Ausarbeitung der neuen Konzepte wird von den zuständigen Gremien vorgenommen (Europäische Direktorengruppe für Sozialstatistiken und Expertengruppen).

10. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) in Wiesbaden

Am 28. September 2011 fand im Anschluss an die DGINS-Konferenz die 10. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) statt. In diesem Gremium treffen die Leiterinnen und Leiter der Nationalen Statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) viermal im Jahr zusammen. Zu den wichtigsten Aufgaben des Ausschusses zählen die Beratung wichtiger Rechtsakte und strategischer Themen.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des ESS-Ausschusses standen zwei Statistikrechtsakte und eine Reihe von strategischen Fragen.

Der ESS-Ausschuss stimmte den Entwürfen von zwei Statistikrechtsakten zu:

- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über **Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das Verzeichnis der sekundären Zielvariablen 2013 zum Wohlbefinden**.

Die Verordnung steht im Zusammenhang mit der KOM-Mitteilung „BIP und mehr“ sowie den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, zu deren Umsetzung es hochwertiger Daten zu Lebensqualität und Wohlergehen (also auch subjektiver Daten) bedarf.

- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische **Tourismusstatistik in Bezug auf den Aufbau der Qualitätsberichte sowie die Datenübermittlung**.

Auf der Tagesordnung des ESS-Ausschusses stand auch das Arbeitsprogramm für 2012 zur Durchführung des Beschlusses Nr. 1297/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS).

Mit dem Programm 2012 sollen die vier Ziele des MEETS-Programms fortgeführt werden:

- Überprüfung der Prioritäten und Entwicklung von Zielindikatoren für neue Bereiche,
- Straffung des Rahmens für unternehmensbezogene Statistiken,
- Förderung der Einführung eines effizienteren Verfahrens für die Erstellung von Unternehmens- und Handelsstatistiken,
- Modernisierung von Intrastat.

Ein wichtiger Bestandteil von MEETS sind nach wie vor die ESSnet-Projekte. Diese wurden stark gestrafft und reduziert auf fünf wichtige ESSnet, die finanziell stärker gefördert werden:

- ESSnet – Erstellung von Profilen – Umsetzung und Tests in den Mitgliedstaaten (740 000 EUR),
- ESSnet für die Konsistenz von Konzepten und Methoden für unternehmens- und handelsbezogene Statistiken (950 000 EUR),

- ESSnet für die Methodik des europäischen Registers über multinationale Unternehmensgruppen (1 000 000 EUR),
- ESSnet für die Methodik der modernen Unternehmensstatistik (600 000 EUR) und
- ESSnet – Verwendung von Verwaltungs- und Rechnungslegungsdaten für die Unternehmensstatistik (940 000 EUR).

Angesichts der hohen Bedeutung des MEETS-Programms stimmte der ESS-Ausschuss dem Jahresprogramm 2012 uneingeschränkt zu. Anschließend nahm der ESS-Ausschuss das auf der DGINS-Konferenz erarbeitete „Wiesbaden Memorandum“ formell an und beriet über den Abschlussbericht der Sponsorship Group „Qualität“.

Der von der Sponsorship Group überarbeitete Verhaltenskodex, der bereits auf der letzten Sitzung des ESS-Ausschusses im Mai 2011 intensiv beraten worden war, wurde nun formell durch den AESS angenommen. Die Sponsorship Group hat zudem ein Qualitätsrahmenwerk (Quality Framework) entwickelt. Dieses vertieft den Code of Practice mit seinen Indikatoren und gibt den statistischen Ämtern mögliche Aktivitäten, Methoden und Werkzeuge an die Hand, um die Umsetzung des Code of Practice zu erleichtern. Das Quality Assurance Framework geht dabei über die Indikatoren des Code hinaus, erläutert die Definition dieser Indikatoren und versucht, Details zur Umsetzung hinzuzufügen. Er soll deshalb auch als Hilfsmittel bei zukünftigen Peer Reviews dienen.

Intensiv diskutiert wurden vor allem Folgemaßnahmen zur Implementierung der Empfehlungen der Sponsorship Group. Hierzu sollten auch die Arbeitsstrukturen geklärt werden. Eurostat wird einen Vorschlag für eine strategische Umsetzung der Empfehlungen der Task Force entwickeln.

Die dreijährige Amtszeit des 2008 eingesetzten Beratungsgremiums ESGAB läuft Ende dieses Jahres aus. Ungefähr die Hälfte seiner Mitglieder wird in der nächsten Periode nicht weitermachen, darunter auch der ehemalige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Staatssekretär a. D. Johann Hahlen. Der Vorsitzende des ESGAB, Johnny Akerholm, der ebenfalls sein Amt beenden wird, berichtete über den bevorstehenden 3. Jahresbericht des ESGAB und skizzierte dessen wesentliche Inhalte.

Behandelt werden darin die bekannten drei Schwerpunktthemen: Unabhängigkeit, Ressourcen und Qualität. Der ESGAB ist der Auffassung, ausreichende Ressourcen seien

zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der statistischen Ämter unabdingbar.

Der ESGAB sieht zudem drei Ansätze für Verbesserungen:

- a) Prioritätensetzung,
- b) Mehrjahresfinanzplan in den Mitgliedstaaten und
- c) Intensivere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander. Der ESGAB bietet Unterstützung an.

Behandelt wurde sodann das sog. Scoreboard von Indikatoren zur Erfassung makroökonomischer Ungleichgewichte. Die Angaben können aus vorhandenen Daten in den Mitgliedstaaten gewonnen werden und sind methodisch gesichert. Lediglich für den Häuserpreisindex muss einstweilen noch auf Projektdaten zurückgegriffen werden, eine entsprechende Verordnung soll 2012 verabschiedet werden.

Kritisch kann nach Auffassung des AESS aber der Arbeitsaufwand im Ernstfall (bei tatsächlicher Feststellung eines Ungleichgewichts) werden, so dass eventuell zusätzliche Hintergrundinformationen aus den Mitgliedstaaten erforderlich werden. Es steht noch nicht fest, wie die Datenanforderungen der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) in einem solchen Fall aussehen werden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt waren die PEEI-Indikatoren (die sogenannten „Wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren“). Der jährliche Sachstandsbericht zu diesen Indikatoren (Status Report) liegt noch nicht vor, Eurostat umriss aber bereits die Kerninhalte:

Im Sinne einer langfristigen Strategie sind noch bestehende Lücken zu schließen, u. a. Häuserpreisindex und Hausverkäufe. Der Bericht wird sich auch mit den Fortschritten beim Scoreboard befassen. Für die politisch wichtigen „Strukturellen Statistiken“ wird sich der Bericht mit den EU 2020-Indikatoren, mit Pensionsfonds und der Produktivitätsmessung befassen. Der Bericht wird auch Ressourcen fordern, um die bevorstehenden Aufgaben bewältigen zu können.

Informationen zum Zensus 2011



Informationen zum Zensus 2011 erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2011 oder unser [Kontaktformular](#).

Welche Befragungen stehen noch an?

Viele Millionen Menschen haben ihre Angaben beim Zensus bereits gemacht. Auf den einen oder anderen kann in nächster Zeit dennoch ein weiterer Fragebogen oder auch eine telefonische Rückfrage zukommen. Denn bald beginnen verschiedene Nachbefragungen. Ziel dieser Nachfragen ist, Unklarheiten zu beseitigen, um so eine hohe Datenqualität zu gewährleisten.

Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten

Ende 2011/Anfang 2012 startet die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten. Diese Befragung ist für die exakte Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen in kleineren Gemeinden von sehr großer Bedeutung. Beim Abgleich der Melderegisterdaten mit den Angaben aus der Gebäude- und Wohnungszählung können Unstimmigkeiten auftreten. Der klassische Fall sind Einfamilienhäuser, bei denen die Kinder noch gemeldet sind, aber nicht mehr dort wohnen. Um die amtliche Einwohnerzahl richtig zu ermitteln, müssen solche Unstimmigkeiten mittels eines Interviews geklärt werden. Die Befragung findet ausschließlich in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und dort nur an Adressen mit lediglich einer bewohnten Wohnung statt.

Befragung zur Klärung des Wohnsitzes

Auch diese Befragung dient der korrekten Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen. Dabei werden all diejenigen um Klärung gebeten, deren Melderegisterdaten unplausible Angaben enthalten. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn eine Person mit mehreren Hauptwohnsitzen oder ausschließlich mit Nebenwohnsitz gemeldet ist. Damit auch diese Personen beim Zensus der richtigen Gemeinde zugeordnet werden können, erhalten sie zwischen Oktober 2011 und Januar 2012 einen Fragebogen per Post. Diese Befragung findet im Falle von mehreren Hauptwohnsitzen nur dann statt, wenn sich eine der Meldeanschriften in einer Gemeinde mit weniger als 10 000 Einwohnern befindet; diejenigen, die nur mit Nebenwohnsitz gemeldet sind, erhalten in jedem Fall einen Fragebogen.

Ersatzweise Erhebung bei Antwortausfällen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung

Konnten zu einem Wohngebäude in Deutschland trotz sorgfältiger Recherche in verschiedenen Datenquellen keine Eigentümer oder Verwalter ermittelt werden, finden hierfür voraussichtlich ab Dezember 2011 sogenannte Ersatzvornahmen statt. In diesen Fällen werden Erhebungsbeauftragte vor Ort die benötigten Gebäudeinforma-

tionen, wie Art des Gebäudes, Zahl der Wohnungen, Gebäudetyp und Baujahr, anhand des [Fragebogens der Gebäude- und Wohnungszählung](#) erheben.

Haushaltebefragung

Der ein oder andere wird auch noch für die Haushaltebefragung um Angaben gebeten. Dies betrifft insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner von Neubauten, deren Anschriften bis zum Stichtag am 9. Mai 2011 in die Melderegister aufgenommen wurden. Diese Anschriften wurden im Rahmen einer Stichprobennachziehung per Zufallsverfahren ausgewählt. Alle, die an diesen nachträglich ausgewählten Anschriften wohnen, bekommen Besuch von einem Interviewer oder einer Interviewerin.

Telefonische und schriftliche Nachfragen

Und schließlich können Befragte auch einen Anruf in Sachen Zensus erhalten: Sollten in einem ausgefüllten Fragebogen Angaben fehlen, schwer lesbar oder unplausibel sein, wird dies möglichst einfach durch telefonische Rückfrage geklärt. In bestimmten Fällen kann diese Rückfrage auch schriftlich erfolgen.

Wie zählen andere Staaten ihre Bevölkerung?

Die Vereinten Nationen empfehlen, alle zehn Jahre eine Volkszählung durchzuführen. Das befolgen fast alle Länder: Weltweit gibt es nur in sechs von 234 Staaten und Gebieten noch keinen Zensusstermin für dieses Jahrzehnt. Vielseitige Informationen über Termine, Methoden und Ergebnisse der Zählungen weltweit bietet die [Zensus-Seite](#) der Statistikabteilung der Vereinten Nationen.

Interview mit dem Chefstatistiker der EU



Mit dem Zensus 2011 befindet sich Deutschland in bester Gesellschaft: alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) führen in diesem Jahr eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung durch.

Künftig soll in Europa alle zehn Jahre eine solche Erhebung stattfinden. Der Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), Walter Radermacher, wurde zum EU-weiten Zensus 2011 und seine Erinnerungen an die Volkszählung 1987 befragt.

Auf die Frage, warum es wichtig sei, vergleichbare Daten auf europäischer Ebene zu haben, führt Radermacher ins-

besondere folgende Gründe an: Unternehmen würden ihre Standortentscheidungen immer öfter grenzübergreifend und nicht mehr isoliert für einen Mitgliedsstaat treffen. Auch die Planung von Infrastruktur werde zunehmend gesamteuropäisch. Zudem gebe es in Europa viele politikrelevante Entwicklungen, die gleichzeitig eine regionale, nationale und europäische Dimension haben. Bei alledem „dürfen die statistischen Ämter nicht im Abseits stehen“, so Walter Radermacher. Hier müsse die amtliche Statistik Daten liefern, mit denen sich die Regionen und Staaten in der Europäischen Union gegenüber stellen lassen.

Alle EU-Staaten müssen beim Zensus 2011 einen festgelegten Katalog an Merkmalen erheben. Bei der Auswahl dieser Merkmale wurden, so Walter Radermacher, zwei Prinzipien zugrunde gelegt: erstens „internationale Vergleichbarkeit“ und zweitens „Konzentration auf das Wesentliche“. Die Entscheidung, über welche Merkmale europaweit vergleichbare Zahlen vorliegen werden, wurde vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament getroffen. Damit liege die Entscheidung „bei vom Bürger gewählten Organen“.

Den Mitgliedstaaten ist es freigestellt, über den von der EU geforderten Pflichtteil hinaus weitere Fragen zu stellen – und „schon jetzt ist klar,“ sagt Walter Radermacher, „dass nicht alle Länder so zurückhaltend sind wie Deutschland.“

Als Generaldirektor von Eurostat ist Radermacher bei den Ergebnissen dann auch auf das „große Aggregat“ am meisten gespannt: Die Bevölkerungszahlen in der Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und den Regionen, aber auch die Unterschiede im Altersaufbau.

Das gesamte Interview mit dem Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Union können Sie [hier](#) abrufen.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Aktuelles aus dem STATmagazin



Das STATmagazin bietet aktuell aufbereitete Informationen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Es liefert statistisches Hintergrundwissen zu Inhalten, die im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen.



Inflation: Für alle gleich?

Seit Februar dieses Jahres liegt die Inflationsrate jeden Monat bei mehr als zwei Prozent. Wie schon in früheren Jahren wächst bei steigenden Preisen die Sorge, dass insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen stärker unter der Inflation leiden als wohlhabende Haushalte. Vor allem wenn die Preise für Nahrungsmittel und Haushaltsenergie überdurchschnittlich steigen, liegt die Vermutung nahe, dass ärmere Haushalte eine größere Last zu tragen haben. Eine neue [Studie](#) belegt aber nun, dass sich die Teuerungsraten der Haushalte in unterschiedlichen Einkommensklassen nur wenig unterscheiden. Ärmere Haushalte werden dennoch stärker von einer höheren Inflation getroffen, da sie ihr Einkaufsverhalten nicht so flexibel anpassen können.



Finanzierung gesucht: Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln

Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen eines von der Europäischen Kommission geförderten Projekts zwischen Oktober und Dezember 2010 kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland über ihren Zugang zu Finanzmitteln befragt. Diese Befragung war die erste Ad-hoc-Erhebung dieser Art in Deutschland. Siehe auch Artikel auf Seite 27 in diesem Heft.

Das STATmagazin ist im Internetangebot des Statistischen Bundesamts unter www.destatis.de kostenfrei abrufbar.

Virtuelles Wissens- und Lernportal (VSS) der Weltbank



Die Weltbank hat eine neue Online-Plattform für alle an der amtlichen Statistik interessierten Nutzer und Datenproduzenten geschaffen. Neben einer Datenbank über die nationalen Statistiken bietet die Seite

www.virtualstatisticalsystem.org die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen. Sehr interessant ist auch, wie die Weltbank das Thema „Wissensvermittlung für Entwicklungsländer“ im Hinblick auf die Vermittlung von statistischen Standards, den Aufbau statistischer Kapazitäten und die Schaffung von Netzwerken mittels E-Learning umgesetzt hat. Hier bestehen große Ähnlichkeiten und eine starke Verbindung zum ESTP, dem Europäischen Statistischen Fortbildungsprogramm.

Statistisches Jahrbuch 2011



Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland erscheint zum 60. Mal. Das sind sechs Jahrzehnte, in denen sich viel in Deutschland gewandelt hat – politisch und wirtschaftlich, vor allem aber auch gesellschaftlich. Seit 1952 quantifiziert das Statistische

Jahrbuch diese Veränderungen. Nachfolgend finden Sie eine kleine Auswahl an Daten und Fakten aus dem Jahrbuch 2011.

Die Alterung der Gesellschaft schreitet voran: Mittlerweile hat Deutschland nach Japan eine der ältesten Bevölkerungen weltweit. 2009 war jeder fünfte Mensch in Deutschland 65 Jahre und älter. 1950 traf dies nur auf jeden zehnten zu.

Gleichzeitig wurden 2009 in Deutschland nur 665 000 Kinder geboren – so wenige wie nie zuvor. Zwar stieg die Zahl 2010 wieder etwas an: um knapp 2% auf 678 000 Neugeborene. Gegenüber 1950 hat sich die Geburtenzahl aber nahezu halbiert. Damals wurden – in Ost und West zusammen und bei insgesamt kleinerer Gesamtbevölkerung – noch 1,1 Millionen Kinder geboren.

Frauen machen mittlerweile deutlich häufiger Abitur als Männer: 47% aller Frauen, aber nur 38% der Männer in der Altersklasse von 20 bis 24 Jahren hatten 2010 Abitur. Früher war das anders: In der Altersklasse 65+, die also in der Regel vor 45 und mehr Jahren die Schule beendet hat, haben 8% der Frauen und 20% der Männer diesen Schulabschluss.

Die heutige Generation der ab 65-Jährigen ist nicht mit dem Computer und Internet aufgewachsen. Die Älteren nutzen die moderne Technik aber für ihre ganz eigenen Bedürfnisse. So haben sie keine Scheu vor virtuellen Apotheken: 2010 orderten 37% der Internetnutzer ab 65 Jahren Arzneimittel im Onlinehandel. Damit lag der Anteil so hoch wie in keiner anderen Altersgruppe.

Aber nicht alles hat sich seit den 1950er-Jahren gravierend verändert: So wird der Traum nach den eigenen vier Wänden – zumindest in Westdeutschland – damals wie heute ähnlich oft realisiert. Die Eigentümerquote stieg dort zwischen 1950 und 2006 von 39% auf 45%.

Das Statistische Jahrbuch 2011, das neben nationalen Daten auch ein Kapitel mit internationalen Vergleichsdaten enthält, steht Ihnen vollständig und kostenfrei als PDF-

Datei zum Download unter www.destatis.de zur Verfügung. Ein Druckexemplar zum Preis von 71,- Euro kann im Buchhandel erworben werden oder Sie nutzen unser [Bestellformular](#) (Bestellnummer: 1010110-11700-1, ISBN: 978-3-8246-0912-3).

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich



Im September 2011 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erneut die Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ vorgelegt. Diese Publikation stellt ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland in einer Gliederung nach Bundesländern dar. Die Indikatoren stammen aus den Themenbereichen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsverlauf, in Bildung investierte Finanz- und Humanressourcen, Lernumfeld und Organisation von Schulen sowie Bildungsergebnisse und Bildungserträge. In der vorliegenden Ausgabe wird erstmals eine neue Benchmark der Europäischen Union zum Anteil der 30- bis 34-jährigen mit tertiärem Abschluss veröffentlicht. Ferner ist die bereits enthaltene Benchmark zu den frühen Schulabgängern um eine Gliederung nach Erwerbsstatus erweitert worden.

Der Bericht steht im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4152 oder unser [Kontaktformular](#).

Bürokratiekostenmessung

Belastungsbarometer für Wirtschaftsstatistiken



Für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist die Entlastung der Befragten von statistischen Meldepflichten eine dauerhafte Aufgabe. In der Vergangenheit konnte hierbei bereits eine ganze Reihe von Erfolgen erzielt werden. Mithilfe eines Belastungsbarometers kann die Entlastung der Befragten in Zahlen ausgedrückt und somit transparent gemacht werden. Insofern leistet ein Belastungsbarometer mit seiner umfassenden

Datenbasis einen wichtigen Beitrag, um die nach wie vor hohe „gefühlte“ Statistikbelastung zu objektivieren. Es kann damit zu einer höheren Akzeptanz der Arbeiten der statistischen Ämter beitragen.

Mit Informationspflichten werden Wirtschaft und/oder Bürgerinnen und Bürger dazu verpflichtet, Informationen bereitzuhalten oder an Dritte zu übermitteln. Aufgrund dieser Definition zählen Statistiken mit gesetzlicher Auskunftspflicht zu den Informationspflichten nach dem Standardkosten-Modell. Für die Wirtschaft waren dies knapp 10 000 Pflichten. Die Bürokratiekosten für die Erfüllung dieser Pflichten wurden gemessen. Damit liegen entsprechende Ergebnisse auch für die Informationspflichtenkategorie „Statistiken“ vor, wobei in die Messung dieser Pflichten die bereits zur Verfügung stehenden Ergebnisse aus der Belastungsstudie des DIW Berlin eingeflossen sind. Aus der umfassenden Bestandsmessung ging hervor, dass die amtliche Statistik für nicht einmal ein Prozent der Gesamtbelastung der Wirtschaft verantwortlich ist. Im Beitrag „Konzeption und erste Ergebnisse des Belastungsbarometers für Wirtschaftsstatistiken“ (WiSta, [Heft 06/2011](#)) werden das Konzept des Belastungsbarometers näher erläutert und erste Ergebnisse der Belastungsfortschreibung vorgestellt.

Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

Konferenz Europäischer Statistiker



Vom 14. bis 16. Juni 2011 fand in Genf unter dem Vorsitz von Heli Jeskanen-Sundström, Finnland, die 59. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) und nimmt eine Zwischenstellung zwischen der Ebene der Vereinten Nationen und der Ebene der Europäischen Union ein. Die Leiterinnen und Leiter der Statistikämter beraten in ihren jährlichen Sitzungen unter anderem über das statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa. Daneben konzentrieren sich die

CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten ausgewählt werden.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Seminare „Organisation der Datenerhebung und Datenverbreitung sowie Herausforderungen bei der Umsetzung von SDMX (Statistical Data and Metadata Exchange)“ und „Messung des Humankapitals“.

Beim Thema „Organisation der Datenerhebung und Datenverbreitung“ ging es um die Modernisierung der statistischen Produktion. Um die Vielfalt der Datenerhebungstechniken in den Statistischen Ämtern handhaben zu können, empfahlen zum Beispiel die Niederlande, in den Ämtern eine zentrale Datenerhebungseinheit einzurichten. Dadurch können die bereits erhobenen und in den Ämtern gespeicherten Daten leichter wiederverwendet werden. Diese Vorgehensweise bedeutet zugleich den Übergang von einem Management von Einzelstatistiken zu einem Management eines integrierten Sets von Statistiken. Auch die Ziele im Kontext der Open Data-Initiative könnten auf diese Weise leichter erreicht werden. Ein weiteres wichtiges Element einer solchen Modernisierungsstrategie ist der Austausch von Daten und Metadaten (SDMX) zwischen und innerhalb der beteiligten Institutionen. Die Herausforderung besteht darin, eine flächendeckende Umsetzung dieser Standards zu erreichen, um einen Datenaustausch zwischen allen Systemen, sowohl national als auch international, möglich zu machen. Deutschland lieferte hierzu eine Unterlage, die der Frage nachging, wie SDMX in eine bereits vorhandene IT-Architektur eingebettet werden kann.

In der kommenden Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen soll angestrebt werden, den SDMX-Standard als globalen Standard zu verabschieden.

Abschließend empfahl die Vorsitzende die Einrichtung einer Expertengruppe mit Mitgliedern aus dem Bereich der Datenerhebungen im Rahmen eines Mandats der UNECE/CES. Ferner schlug die Vorsitzende die Entwicklung eines Qualitätsregelwerkes vor, das die Verwendung von sekundären und anderen Datenquellen bewerten soll.

Im zweiten Seminar wurde die Politikrelevanz verlässlicher statistischer Informationen zur Bildung des Humankapitals erörtert. Kennzeichnend ist die Multidimensionalität der Messung von Humankapital, die sich nicht auf einzelne Politik- oder Statistikbereiche beschränken lässt. Der Einfluss von Gesundheitsfürsorge, formaler Bildung, sozialer Sicherung sowie subjektivem Wohlbefinden (well-

being) sind genauso zu berücksichtigen wie Wirtschaftswachstum, Produktivitätszuwachs und nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus wurden anhand von Fallstudien aus verschiedenen Ländern nationale Ansätze zur Messung des Humankapitals vorgestellt und diskutiert.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass

- (1) Humankapital eine Schlüsseldeterminante für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ist,
- (2) die derzeitigen Ansätze zur Messung des Humankapitals noch von einer sehr großen konzeptionellen und methodischen Heterogenität gekennzeichnet sind,
- (3) es weiterer Anstrengungen in der Entwicklung und Bewertung alternativer Ansätze mit dem Ziel einer internationalen Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Messung von Humankapital bedarf und
- (4) die Bereitstellung qualitativ hochwertiger amtlicher Statistiken zur Messung der die Bildung von Humankapital beeinflussenden Faktoren von essentieller Bedeutung ist.

Die Konferenz Europäischer Statistiker beschloss, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die eine systematische Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeiten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und der Weltbank im Bereich der Messung des Humankapitals durchführen und zur CES-Sitzung im Jahr 2013 einen entsprechenden Bericht vorlegen soll.

Die Vorsitzende berichtete über wichtige Arbeitsfortschritte seit der letzten Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen im Februar 2011.

- Die Initiative zur besseren Koordination bei der Georeferenzierung statistischer Daten wurde vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen aufgegriffen. Ein von der Statistischen Abteilung der Vereinten Nationen (UNSD) und vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) organisiertes Seminar zu diesem Thema wird Bestandteil einer Konferenz der Vereinten Nationen vom 24. bis 26. Oktober 2011 in Seoul (Republik Korea) sein.
- Wie in der Sitzung der Statistischen Kommission vereinbart, wurde mittlerweile eine Friends-of-the-Chair (FROCH-)Gruppe gebildet, die sich mit der Revision der Präambel der „UN-fundamental principles in official statistics“ befassen soll. Die Arbeitsgruppe wird von den USA geleitet. Deutschland wird in der FROCH-Gruppe durch das Statistische Bundesamt vertreten.

5. INSPIRE-Konferenz



Die 5. INSPIRE-Konferenz vom 27. Juni bis 1. Juli 2011 in Edinburgh (Schottland) stand unter dem Motto „INSPIREd by 2020“.

Schwerpunkte des umfangreichen und informativen Programms waren

- der Stand der Arbeiten bei der Umsetzung von INSPIRE auf europäischer Ebene sowie in den europäischen Mitgliedstaaten,
- die Bedeutung von INSPIRE für die europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ und
- die Bedeutung von INSPIRE für E-Government und Open Data.

Das Programm und die Präsentationen können abgerufen werden unter: www.inspire.jrc.ec.europa.eu.

Vertreter von der Europäischen Kommission, Eurostat und den Europäischen Mitgliedstaaten berichteten über den Stand der Arbeiten bei der Umsetzung von INSPIRE in fachlich-inhaltlicher und methodisch-technischer Hinsicht. Dabei wurden besonders die Möglichkeiten und Chancen einer Beteiligung in dem offenen Reviewverfahren vertieft. Für zahlreiche der 25 Themenbereiche in den Anhängen II und III der [INSPIRE-Richtlinie](#) wurden konkrete Beispiele für ausgewählte Regionen Europas anhand bereits bestehender Internetanwendungen aufgezeigt. Auch unter methodisch-technischen Gesichtspunkten wurden bereits existierende Lösungen für die im Rahmen von INSPIRE vorgesehenen Web-Services vorgestellt.

Besondere Bedeutung wird INSPIRE derzeit in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene beigemessen für

- Europa 2020:

Im Fokus stehen dabei vor allem „Innovation“ und „Ressourcenschonung“; auch werden enge Verbindungen zur „Digitalen Agenda“ gesehen, einer weiteren europäischen Leitinitiative im Rahmen von „Europa 2020“.

- E-Government:

Dadurch soll eine größere Effektivität und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung erzielt werden.

- Open Data:

Durch derartige Datenportale soll eine größere Transparenz des Verwaltungshandelns geschaffen werden mit dem Ziel, die Gesellschaft für umweltbezogene Risiken zu sensibilisieren und ihr die aktive Teilhabe an entsprechenden politischen Prozessen zu ermöglichen.

- Integration von INSPIRE in andere Geodatenportale: Von einer Anbindung bzw. Integration in andere Geodatenportale auf inter- und supranationaler Ebene, besonders das kontinente übergreifende Projekt „Global Earth Observation System of Systems“ (GEOS), werden große Synergieeffekte erwartet.

Die 6. INSPIRE-Konferenz wird 2012 voraussichtlich in Istanbul (Türkei) stattfinden.

Europe 2020 Indicators Network Group



Am 20. Juni 2011 informierte die „Europe 2020 Indicators Network Group“ bei Eurostat die Vertreter der Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten über die aktuellen Schwerpunkte der Strategie „Europa 2020“. Diese Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives

Wachstum in Europa – als Nachfolgestrategie des Lissabon-Prozesses – wurde auf dem Europäischen Gipfel am 17. Juni 2010 in Brüssel von den Europäischen Regierungs- und Staatschefs angenommen.

Das begleitende Monitoring wurde auf fünf Kernziele für die Bereiche Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel/Energie, Bildung sowie Behebung von Armut und sozialer Ausgrenzung beschränkt. Diese wurden dafür mit konkreten Zielvorgaben versehen. Die Mitgliedstaaten sollen die Zielvorgaben bis zum Jahr 2020 in Form von sogenannten Nationalen Reformprogrammen umsetzen.

Eurostat berichtet, dass die Nationalen Reformprogramme dieses Jahr zum ersten Mal im Rahmen des „Europäischen Semesters“, d. h. in enger zeitlicher Verbindung zu den Vereinbarungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, auf nationaler und europäischer Ebene diskutiert und kommentiert wurden. Auch für die Folgejahre ist eine jährliche Berichterstattung durch die Mitgliedstaaten sowie eine Kommentierung der (Weiter-)Entwicklungen durch die Europäische Kommission vorgesehen, um auch kurzfristig

die Zielerreichung sicherzustellen bzw. Fehlentwicklungen schnell entgegenwirken zu können.

Ergänzend dazu wurden sieben „Flagship-Initiatives“ aufgestellt (siehe www.ec.europa.eu). Auch diese Leitinitiativen, besonders „Digitale Agenda für Europa“ oder „Jugend in Bewegung“ sollen anhand von statistischen Indikatoren differenzierter betrachtet und zielorientiert gesteuert werden.

Ergänzend dazu haben die Staats- und Regierungschefs im März 2011 ein sogenanntes „Euro-Plus-Paket“ zur stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik verabschiedet. Für Deutschland wurde es in das Nationale Reformprogramm 2011 aufgenommen.

OECD Arbeitsgruppe „Indikatoren für die Informationsgesellschaft“



Die OECD ist auf dem Gebiet der statistischen Erfassung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) federführend und hat weltweit Standards gesetzt.

Auf der nunmehr 15. Jahressitzung der Arbeitsgruppe „Indikatoren für die Informationsgesellschaft (WPIIS)“ am 7./8. Juni 2011 in Paris hat die OECD ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung der Statistiken auf dem Gebiet moderner Informations- und Kommunikationstechnologien vorgestellt. Das statistische Programm steht in enger Verbindung zu aktuellen politischen Handlungsfeldern. In einer gemeinsamen Sitzung mit der „Working Party on the Information Economy (WPIE)“ wurden prioritäre politische Maßnahmen und deren Erfassungsmöglichkeiten durch die Statistik diskutiert.

Schwerpunkte im Arbeitsprogramm 2011-2012 sind:

- Aktualisierung der sog. Modellfragebögen zu IKT bei Haushalten bzw. Einzelpersonen und Unternehmen,
- Entwicklung von Modellfragebögen zu eHealth, d. h. zum Einsatz und zur Nutzung von IKT im Gesundheitswesen,
- Vorbereitung eines Workshops zu „Breitband“,
- Erfassung der Produktivität von IKT sowie der wirtschaftlichen Bedeutung von „Massendaten“ z. B. aufgrund von eCommerce im Internet und

- Einbeziehung neuer Entwicklungen in das IKT-statistische Programm wie „Soziale Netzwerke“ oder „eGovernment/Open Data“.

Die Diskussionen haben gezeigt, dass gerade dem letzten Themenkreis vor allem wegen seiner gesellschaftlichen Relevanz sowie unter Effizienzgesichtspunkten große Bedeutung zukommt.

58. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts



Der 58. Weltkongress des [Internationalen Statistischen Instituts](#) (ISI) fand vom 21. bis 26. August 2011 in Dublin statt. Dieser in zweijährigem Turnus stattfindende Weltkongress bietet ein Forum für einen kontinuierlichen wissenschaftlich/fachlichen Informationsaustausch im Bereich der Statistik.

Im Bereich der amtlichen Statistik befassten sich mehrere Fachsitzungen aus aktuellem Anlass mit den Auswirkungen der Weltfinanzkrise und der damit verbundenen Forderung an die amtliche Statistik, verbesserte Indikatoren zur Messung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts und zur Nachhaltigkeit zur Verfügung zu stellen. Das diesjährige Programm beinhaltete darüber hinaus für die amtliche Statistik aktuelle Themenbereiche. Als Beispiele hierfür sind die Themen Standardisierung, Methodenfragen, die Weiterentwicklung der Haushalts- und Sozialstatistiken, der Zugang zu Mikrodaten, Visualisierung statistischer Ergebnisse zu nennen. In diesem Zusammenhang wurden auch neuere Entwicklungen in der Kommunikation u.a. durch einen Vortrag von Sibylle von Oppeln-Bronikowski vorgestellt.

Der traditionelle Thementag der diesjährigen Konferenz befasste sich mit der Frage der statistischen Erfassung von Wasserressourcen. Ein Thema, das im Zuge der Auswirkungen der Klimaveränderung im Bereich der Umweltstatistiken an Bedeutung gewinnt.

Das Forschungsdatenzentrum des Bundes war während und um die ISI Tagung aktiv. So stellte Anja Crössmann auf der Satellitenveranstaltung ‚IPUMS Census Microdata Workshop‘ die innerhalb des Projektes IPUMS erstellten und nun verfügbaren Daten der früheren Zensen der BRD und der DDR vor. Emanuel Weiß präsentierte auf dem ‚ISI Young Statisticians Meeting 2011‘ einen Vortrag über die

Zusammenführung von Unternehmensdaten und den Zugang der Wissenschaft zu diesen Daten.

Darüber hinaus wurde Julia Hönninger vom Amt für Statistik Berlin Brandenburg mit dem IAOS Preis für Young Statisticians ausgezeichnet. Sie erhielt den ersten Preis für eine Arbeit, die im Rahmen eines Projektes der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entstanden ist.

Der 59. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts findet 2013 in Hongkong statt.

Walter Radermacher zu Besuch im Statistischen Bundesamt



Am 11. Juli 2011 besuchte der Generaldirektor von Eurostat Walter Radermacher das Statistische Bundesamt. Walter Radermacher selbst war von 2006 bis 2008 Präsident des Statistischen Bundesamtes. Sein Besuch stand im Zusammenhang mit bilateralen Gesprächen, die er in allen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten der EU führt. Sie dienen der Erörterung strategischer Fragen zur Weiterentwicklung des Europäischen Statistiksystems (ESS) unter besonderer Berücksichtigung nationaler Positionen in diesem Prozess.

Schwerpunkte des Gesprächs waren u. a.:

- das EU-Mehrjahresprogramm 2013–2017,
- die Weiterentwicklung der Systeme der Unternehmensstatistiken und der globalen Handelsstatistiken sowie die Reform der Haushalts- und Sozialstatistiken,
- die Kommissionsinitiative für ein verbessertes Qualitätsmanagement für europäische Statistiken und
- die Pläne Eurostats für eine europäische Standardisierung (ähnlich wie SteP in Deutschland).

Statistische Woche 2011 in Leipzig



Vom 19. bis 23. September trafen sich Vertreter aus Wissenschaft, amtlicher Statistik, Unternehmen und Verbänden in Leipzig zur Statistischen Woche, dem größten bundesweiten Fachkongress für Statistik. Veranstalter sind

die Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), der Verband deutscher Städtestatistiker (VDSt) und die Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD).

Zur Eröffnung der Tagung sprach Präsident Roderich Egeler über die „Perspektiven der amtlichen Statistik“. Dazu zählte er unter anderem die vertiefte Auseinandersetzung der statistischen Ämter mit der Gewinnung von differenzierten Sozial- und Bevölkerungsdaten aus verschiedenen Datenquellen sowie die verstärkte Harmonisierung der Produktionsmethoden innerhalb der Ämter des statistischen Verbundes.

Die diesjährige Statistische Woche in der Leipziger Universität bestand nicht nur aus Plenarvorträgen, Referaten, Daten und Präsentationen. Es gab auch Gelegenheit zum Feiern: Die Deutsche Statistische Gesellschaft begeht in diesem Jahr ihr 100-jähriges Jubiläum. Ein Höhepunkt der Statistischen Woche war der Festakt der 100-Jahr-Feier im Leipziger Gewandhaus, in dessen Rahmen Prof. Heinz Grohmann die 100 Jahre der Gesellschaft Revue passieren ließ. Grohmann war zuvor mit einer nach ihm benannten Vorlesungsreihe geehrt worden. Die erste Heinz-Grohmann-Vorlesung bestritt Prof. Dr. Axel Börsch-Supan im Beisein des Nestors. Die beiden Festvorträge zur 100-Jahrfeier hielten Walter Radermacher, Generaldirektor von Eurostat – „Jenseits des Nationalstaats – Die Rolle der Statistik für demokratische Entscheidungen in einer globalisierten Welt“ – und Prof. Dr. Holger Dette: „Quantilspektralanalyse in Zeitreihen“.

Lebensqualität, Wohlstand und sozialer Fortschritt standen im Fokus eines der Schwerpunktthemen der Statistischen Woche. Unter dem Titel "Jenseits des BIP – die Vermessung der Wohlfahrt" wurde die Suche nach neuen statistischen Indikatoren zur Bewertung von Wohlfahrt im Zusammenhang mit dem Gutachten der Stiglitz/Sen/Fitoussi-Kommission beleuchtet.

Alternativen zum BIP wurden dabei ebenso erörtert wie die Erfassung von Ungleichheit oder die Validität und Vergleichbarkeit subjektiver Zufriedenheitsmessung.

Der Tagungsschwerpunkt „Räumliche Statistik“ zeigte Beispiele für räumliche Anwendungen von epidemiologischen und ökologischen Modellen bis zur Geostatistik

Die Tagungssektion „Lebensqualität in Stadtquartieren – Beobachten, Bewerten, Gestalten“ stand im Kontext eines globalen Megatrends: Die Städte wachsen. In Zukunft werden weltweit mehr Menschen in Städten und urbanen Ballungsräumen leben. Stadtmonitoring oder Stadtbeo-

bachtung wird damit in den nächsten Jahrzehnten immer wichtiger. Dabei arbeiten Statistiker und Stadtplaner eng zusammen. Auf der Basis von Entwürfen zur Stadtentwicklung legen sie Indikatoren fest, die die Effektivität dieser Konzepte in den einzelnen Quartieren der Stadt messen.

Das Statistische Bundesamt beteiligte sich mit mehreren Fachvorträgen, der Leitung verschiedener Sitzungen und einem Informationsstand, den es zusammen mit den Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen betreute, an der Tagung.

Die Statistische Woche 2012 findet vom 18. - 21. September in Wien statt.

Wissenschaftliche Tagung „Umfrageforschung – Entscheidungsgrundlage für Politik und Wirtschaft“

Das Statistische Bundesamt hat zusammen mit dem Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM) und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) am 30. Juni und 1. Juli 2011 in Wiesbaden die neunte gemeinsame wissenschaftliche Tagung veranstaltet. Unter dem Thema „Umfrageforschung – Entscheidungsgrundlage für Politik und Wirtschaft“ stand in diesem Jahr die Nutzerseite im Zentrum des Interesses. Professor Dr. Jürgen Schupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) führte als Moderator in die Thematik ein. Vorstandsvorsitzender des DIW, Professor Dr. Gert G. Wagner, berichtete über das Verhältnis von Theorie und Praxis in der umfragebasierten Politikberatung. Richard Hilmer von Infratest dimap erläuterte, warum die Wahlforschung derjenige Teil der empirischen Forschung ist, der ganz besonders im Fokus der Öffentlichkeit steht und welche Implikationen daraus folgen. Über seine Erfahrungen aus Forschung und Beratung bei der Kampagnenplanung von Bundestagswahlen berichtete der parlamentarische Staatssekretär für Verkehr, Horst Becker. Auch der Zensus 2011 stand auf dem Programm; Karsten Lamla vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg informierte über das Auswertungskonzept des laufenden Zensus 2011. Dr. Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim unterrichtete über Evaluationen arbeitspolitischer Maßnahmen mit Hilfe des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Zum Abschluss des ersten Tages erläuterte Hartmut Scheffler, der Vorstandsvorsitzende des ADM,

welchen Beitrag die Marktforschung zur Markenführung in Zeiten umfassender Digitalisierung leistet.

Am zweiten Veranstaltungstag informierte Uwe Czaia von Czaia Marktforschung über die umfragebasierte Mediaplanung. Boyan Genev von Eurostat gab einen Überblick über das Indikatorensystem von EU-SILC, bei dem Instrumente zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Mittelpunkt stehen.

Die beiden letzten Vorträge der Tagung waren der Nutzerseite vorbehalten. Ministerialdirigentin Petra Mackroth, die Leiterin der Unterabteilung „Familienpolitik“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Erwartungen die Entscheidungsträger an die Datenproduzenten haben.

Zum Abschluss der Veranstaltung erläuterte Ministerialdirektor Malte Ristau-Winkler, Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, welche Rolle die Umfragedaten in der Arbeit seines Hauses spielen.

Die Referate dieser wissenschaftlichen Tagung werden als Tagungsband in der [GESIS-Schriftenreihe](#) erscheinen.

Qualitätssicherung bei qualitativen Pretests

Seit einigen Jahren führt das Statistische Bundesamt Fragebogentests für Haushalts- und Unternehmensstatistiken durch. Möglich wurde dies durch die Einrichtung eines hausinternen Pretestlabors mit Kameras, Mikrofonen und Eye Tracker in den Jahren 2007 und 2008. Mithilfe von Testpersonen evaluiert der Pretestbereich sowohl Papierals auch Online-Erhebungsinstrumente. Durch leicht auszufüllende Formulare soll zum Einen die Belastung der Befragten reduziert, zum Anderen die Qualität amtlicher Daten erhöht werden. Bei Pretests im Statistischen Bundesamt werden hauptsächlich qualitative Testmethoden eingesetzt. Einheitliche Standards für die Analyse qualitativer Daten liegen in der Sozialforschung kaum vor; sofern vorhanden, bedürfen diese insgesamt der praktischen Weiterentwicklung. Infolgedessen werden Ergebnisse, die auf qualitativen Methoden beruhen, oft angezweifelt: Sie seien nicht zuverlässig, nicht repräsentativ und nicht signifikant. Um solcher Kritik entgegenzuwirken, arbeitet der Pretestbereich des Statistischen Bundesamtes beständig an der Weiterentwicklung eigener Qualitätsstandards für die Durchführung und Analyse qualitativer Pretests.

Der Beitrag „Qualitätssicherung bei qualitativen Pretests“ (WiSta, [Heft 06/2011](#)) schildert, welche Standards derzeit zur Qualitätssicherung bei qualitativen Pretests in der amtlichen Statistik umgesetzt werden. Dazu wird zunächst aufgezeigt, wie im Statistischen Bundesamt Testbefragungen für Papier- und Online-Fragebogen typischerweise ablaufen und warum dabei vor allem qualitative Testmethoden zum Einsatz kommen. Die gängigsten Qualitätskriterien der qualitativen Sozialforschung werden dann auf einzelne Prozessschritte angewandt und mit einigen Praxisbeispielen veranschaulicht. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf künftige Entwicklungen in der Qualitätssicherung des Pretestbereichs.

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik



Vom 4. bis 7. September 2011 fand auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt die diesjährige Tagung des Vereins für Socialpolitik statt. Das Thema der Kern-

tagung lautete „Die Ordnung der Weltwirtschaft: Lektionen aus der Krise“. Die Veranstaltung wurde von ca. 1 000 Wirtschaftswissenschaftlern, insbesondere aus dem deutschsprachigen Raum, besucht.

Die gemeinsame Präsenz der [Forschungsdatenzentrum](#) (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bot eine gute Gelegenheit zu einem regen Austausch mit bereits bekannten Datennutzern, aber auch mit neuen Interessenten. Wie zahlreiche fachliche Diskussionen mit Wissenschaftlern und anderen Tagungsbesuchern am Stand und während der verschiedenen Parallelsessions zeigten, war die erneute Teilnahme an der Jahrestagung für die Forschungsdatenzentren ein großer Erfolg.

Deutsch-Chinesische Kooperationsaktivitäten



Die deutsch-chinesische Kooperation wurde im vergangenen Monat mit Besuchen von zwei Delegationen aus dem [chinesischen Nationalen Statistikamt](#) (NBS) fortgesetzt.

Vom 5. bis 11. Juni 2011 besuchte eine fünfköpfige Delegation unter der Leitung von Herrn Zhang Zhibin, Leiter der Gruppe Erwerbstätigkeit des NBS, das Statistische Bundesamt.

Zunächst wurden den Gästen Aufbau und Aufgaben des Statistischen Bundesamtes präsentiert. Die im Anschluss vorgestellten Fachthemen „Monatliche Berichterstattung zum Arbeitsmarkt“ und „Methodik der deutschen Erwerbstätigenrechnung“ waren für die chinesischen Gäste von hohem praktischen Nutzen. Die chinesische Delegation stellte die Arbeitskräfteerhebung in China vor, die im Zuge der weltweiten Finanzkrise umgestellt wurde. Auf Wunsch der chinesischen Delegation soll die Diskussion hierüber beim nächsten Zusammentreffen vertieft werden.

Die zweite Delegation besuchte das Statistische Bundesamt vom 19. bis 25. Juni 2011. Der stellvertretende Leiter der statistischen Bibliothek und des statistischen Informationsdienstes im chinesischen Statistikamt, Wei Jing, führte die Delegation an.

Nach der Begrüßung präsentierten Wei Jing und eine Mitarbeiterin des Statistischen Bundesamtes die Aktivitäten der beiden nationalen Statistikämter im Bereich der Verbreitung von statistischen Informationen.

Am zweiten Tag standen die statistischen Informationsdienste und das Kundenmanagementsystem auf der Agenda. Beides sind Themen, die aus chinesischer Sicht weiter vertieft werden sollten. Auf besonderes Interesse stieß der Beitrag über die Pressearbeit des Statistischen Bundesamtes. Die chinesischen Gäste zeigten sich sehr beeindruckt von der Pressearbeit und regten an, dieses Thema ebenfalls auf die Agenda des nächsten Beratungseinsatzes zu setzen.

EDS: Erstes Servicejahr mit Vollfinanzierung erfolgreich abgeschlossen



Vor einem Jahr startete der zwischen Eurostat und dem Statistischen Bundesamt unterzeichnete Servicevertrag zur Verbreitung von EU-Statistiken. Der [Europäische Datenservice](#) (EDS)

setzte sich damals in einem öffentlichen Auswahlverfahren der EU-Kommission durch und erhielt einen Rahmenvertrag über vier Jahre mit Vollfinanzierung durch Eurostat. Ergänzend zum Rahmenvertrag werden jährlich konkrete Vereinbarungen zum Volumen der Nutzerberatung und zur Öffentlichkeitsarbeit getroffen.

Das erste Vertragsjahr, das am 30. September 2011 endete, umfasste die Bearbeitung von rund 6 000 Anfragen und die Durchführung von insgesamt 19 Öffentlich-

keitsmaßnahmen zur EU-Statistik, wie z. B. Vorträge an Universitäten, die Präsenz auf Messen, die Erstellung von EU-bezogenen Pressemitteilungen und Publikationen (z. B. Faltblatt „[Erneuerbare Energien](#)“) sowie die Organisation von Nutzerschulungen. Die letzte Maßnahme fand vor wenigen Wochen bei [Statistik Austria](#) in Wien statt. Ziel dieser Maßnahme war es, verschiedene Nutzergruppen in Österreich zu erreichen, da der Rahmenvertrag den gesamten deutschsprachigen EU-Raum abdeckt.

Für das ab dem 1. Oktober 2011 geltende zweite Servicejahr liegen die Unterverträge bereits unterschrieben vor. So wird der EDS dann auch in den kommenden Jahren einen Beitrag zur Stärkung der Wissensgesellschaft in der EU leisten.

Veranstaltung „Alter im Wandel“ in Berlin

„Ich bin im vitalsten Teil der Gesellschaft angekommen“, so die Feststellung des 72-jährigen Dr. Henning Scherf, Bremer Bürgermeister a. D., über sich und seine Altersgenossen der Generation 65+. Scherf war Ehrengast der Veranstaltung „Alter im Wandel“, zu der das Statistische Bundesamt am 20. Juni 2011 in den i-Punkt Berlin einlud. Neben ihm waren Fachexperten aus Politik und Forschung sowie von Verbänden und Interessenvertretungen gekommen, um die Lebensphase Alter aus den verschiedenen Blickrichtungen heraus zu diskutieren. Anlass war die neue Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Ältere Menschen in Deutschland und der EU“, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) entstand. (siehe [„Informationen aus der amtlichen Statistik“ Heft 2/2011](#), Seite 9). Scherfs Ausspruch machte deutlich, dass sich das Selbstverständnis vom Alter und Altern langsam ändert. Dr. Andreas Motel-Klingebiel vom Deutschen Zentrum für Altersfragen und Mitherausgeber des Deutschen Alterssurveys pflichtete ihm bei: Die Menschen würden im Alter nicht mehr nur den Verlust, sondern auch einen Gewinn sehen. Dieter Hackler, der im BMFSFJ für Senioren zuständige Abteilungsleiter, gab das Motto der Veranstaltung aus: Das Wort „Ruhestand“ würde er gern aus dem Wortschatz streichen. Er wies mit Nachdruck auf das große Potenzial hin, das in älteren Menschen steckt, die sich mit ihrer Zeit und ihren Erfahrungen in die Gesellschaft einbringen möchten und das aus gesundheitlicher Sicht auch können.

Fachkräftemangel, Altersarmut, eine Kostenexplosion im Gesundheitssystem und Pflegenotstand zählen zu den demografisch bedingten Herausforderungen. Die genauen Informationen dazu hatten die Kolleginnen und Kollegen des Statistischen Bundesamtes parat: Demnach ist Altersarmut gegenwärtig noch ein vergleichsweise geringes Problem, die Zahlen erhöhen sich allerdings. Die Kosten im Gesundheitssystem steigen und die Vorausberechnungen besagen, dass die absolute Zahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird.

Die Veranstaltung „Alter im Wandel“ bot für das Statistische Bundesamt ein gutes Forum, sich mit der Vorstellung seiner Veröffentlichung in eine weitreichende aktuelle gesellschaftliche Debatte einzubringen.



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise

Auf ein Wort: Leiterin der Abteilung – Irmtraud Beuerlein



Mit Wirkung vom 25. Juni 2011 ist Irmtraud Beuerlein Leiterin der Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise“ im Statistischen Bundesamt.

Die Diplomvolkswirtin (Universität Heidelberg und FU Berlin) und erfahrene Statistikerin arbeitet seit 1980 im Statistischen Bundesamt.

Welche Herausforderungen sie für Ihre Abteilung und auch persönlich für sich selbst sieht, können Sie im nachfolgenden Interview lesen.

Frau Beuerlein, Sie leiten seit 25. Juni 2011 die volkswirtschaftliche Abteilung des Statistischen Bundesamtes. Hier fließen unzählige Daten aus den Basisstatistiken zusammen, hier wird ein Gesamtbild über das wirtschaftliche Geschehen erstellt. Was ist das für ein Gefühl?

Natürlich habe ich mich sehr gefreut als ich von Präsident Egeler erfahren habe, dass ich die Leiterin der Abteilung „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise“ sein werde. Für mich als Volkswirtin gibt es keine interessantere Aufgabe, als die Abteilung zu leiten, in der alle wirtschafts- und sozialstatistischen Daten konvergieren, um daraus ein Gesamtbild zu zeichnen mit wichtigen Aggregaten für die Wirtschafts- und Konjunkturanalyse.

Schön für mich ist auch, dass der vertraute Bereich der Preisstatistiken weiterhin zu meinem Verantwortungsbereich gehört.

Was waren Ihre Eindrücke in den ersten 100 Tagen? Was hat sich seitdem für Sie verändert?

Durch meine Arbeit als Gruppenleiterin „Preise“ und die vielfältigen Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe, konnte ich mich schon gut auf die neue Aufgabe vorbereiten. Dies sicherlich auch wegen der Größe, der weit verzweigten Kontakte und der Außenwirkung, die dieser Arbeitsbereich hat. Neu und spannend ist für mich die große Bandbreite der Themen, die erweiterte Sicht auf die Dinge aus einer geänderten Perspektive, die direkte Zusammenarbeit mit der Amtsleitung und die Tatsache, nun zum engeren Führungskreis des Statistischen Bundesamtes zu gehören.

Ich erlebe eine deutliche Änderung meines Arbeitsstils. Vor allem bin ich nicht mehr die Fachfrau, die in allen Aufgabenbereichen gut Bescheid weiß, in Fachfragen die Richtung weist und Lösungen präsentiert. Ich sehe mich vielmehr als Mittlerin zwischen den Experten und Expertinnen meiner Abteilung, wenn es um wichtige Entscheidungen und Ressourcenfragen geht. Meine primäre Aufgabe liegt nun in der strategischen Ausrichtung der Arbeitsbereiche und in der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für ein produktives Miteinander.

Frau Beuerlein, mit welchen Schlagworten würden Sie Ihre Abteilung kurz vorstellen?

Herausragend in meiner Abteilung sind zweifelsohne die hoch motivierten Menschen mit ihrem reichhaltigen und tiefgehenden Expertenwissen – ein enormer und beeindruckender Erfahrungsschatz – unentbehrlich für ein komplexes und arbeitsteilig verbundenes Rechensystem. Ich weiß die Arbeit in guten Händen und werde kompetent unterstützt. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit liegt mir sehr am Herzen.

Das Reizvolle an unserer Arbeit ist, dass wir die gesamtwirtschaftliche Situation im Blick haben. Der internationale Bezug bei der Weiterentwicklung unseres Aufgabenprogramms und unserer Methodik ist inspirierend und fordernd für uns alle. Und das Schönste ist: Unsere Arbeitsergebnisse sind sehr gefragt, wir geben gerne Auskunft und beraten unsere Nutzer, wie die makroökonomischen Daten zustande kommen und zu interpretieren sind.

Was sind Ihrer Ansicht nach die TOP-Produkte der Abteilung D für die Nutzer?

Wenn ich es in aller Kürze auf den Punkt bringen darf, dann liefern wir die Fundamentaldaten für das magische Viereck der Wirtschaftspolitik: Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Jeder Arbeitsbereich meiner Abteilung steuert seinen ganz speziellen Teil dazu bei. Um nur ein paar ausgewählte Indikatoren zu nennen: die Wachstumsrate des BIP, die Staatsdefizitquote, die Erwerbstätigenzahlen und nicht zuletzt die Inflationsrate.

Wo sehen Sie die Entwicklungspotenziale in Ihrer Abteilung?

In erster Linie geht es darum, die Qualität unserer Rechensysteme und der daraus abgeleiteten Wirtschaftsindikatoren zu sichern. Dazu braucht es insbesondere auch gute Basisstatistiken und den effizienten Zugang zu bereits vorhandenen Datenquellen in Wirtschaft und Verwaltung. Hier gilt es Verbesserungen herbeizuführen.

Die Finanzkrise hat unsere Daten zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte, zur Wirtschafts- und Preisentwicklung sowie zur Lage auf dem Arbeitsmarkt noch mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Von den politischen Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene gehen im Rahmen der angestrebten verstärkten makroökonomischen Überwachung neue Datenwünsche aus, z. B. hinsichtlich der Immobilienpreise. Die Qualitätsanforderungen steigen, insbesondere bei den für die europäische Politik relevanten Aggregaten und Schlüsselindikatoren. Wir werden mehr in die Dokumentation und Erläuterung unserer Methoden und Quelldaten investieren müssen, vor allem im Rahmen des Compliance Monitoring hinsichtlich der Einhaltung europäischer Standards. Beispiele hierfür sind die Verifikation des Bruttonationaleinkommens als zentrale Bezugsgröße für den nationalen Beitrag zum EU-Haushalt oder auch der Harmonisierte Verbraucherpreisindex als Schlüsselgröße für die europäische Geldpolitik.

Auch mit Blick auf die derzeitige Ressourcensituation: Wie werden Sie den Herausforderungen begegnen?

Es ist nicht zu leugnen, dass der andauernde Personalabbau mehr und mehr an die Substanz der Statistikproduktion geht. Es wird zunehmend schwieriger, die gebotene Weiterentwicklung zu stemmen, z. B. bei der Quantifizierung von F & E in den VGR.

Dennoch sehe ich keinen Grund zur Larmoyanz. In dieser Situation ist es wichtig, dass wir mit allen Beteiligten um die richtigen Prioritäten ringen. Wenn es enger wird, müssen wir den Fokus auf unsere Kernaufgaben legen und versuchen, Partner zu finden, um wichtige Informationsfelder arbeitsteilig anzugehen, so etwa bei der Erfassung ehrenamtlicher Tätigkeiten oder beim Nachweis der geringfügigen Beschäftigung.

Die üblicherweise an die Statistik herangetragene Forderung nach „schneller – besser – mehr“ geht ins Leere, wenn keine Finanzierungsmöglichkeiten aufgetan werden. Das müssen wir offensiver kommunizieren. Gerade auch mit den Arbeitsergebnissen meiner Abteilung lässt sich deutlich machen, wie wichtig verlässliche Daten für die Gesellschaft sind und dass die Datenermittlung ihren Preis hat.

Trotz der zunehmenden Grundlast bleiben wir offen für neue Fragestellungen und Sichtweisen. So ist es uns ein Anliegen, unsere Kompetenzen in die Debatte um die Messung von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt einzubringen und die bereits verfügbaren Indikatoren zu erläutern.

Die Quadratur des Kreises wird uns nicht gelingen, aber ich vertraue auf unsere Kreativität. Prozessoptimierung ist immer möglich und nötig. In der Preisstatistik haben wir durch moderne IT-Lösungen große Fortschritte gemacht und uns Spielräume verschafft, um das System der Preisstatistiken entsprechend heutiger Anforderungen auszubauen und wichtige Preisindizes qualitativ zu verbessern. Derartige Ansätze will ich in meiner Abteilung besonders fördern.

Herzlichen Dank, Frau Beuerlein, für das Interview und die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben.

Vorankündigung:

Fachausschuss

„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“

Alle zwei bis drei Jahre veranstalten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes einen Fachausschuss für interessierte Datennutzer. Dieses Jahr findet der Fachausschuss „VGR“ am 2. und 3. November 2011 in Wiesbaden statt.

Dabei informiert das Statistische Bundesamt seine Nutzer über neueste Entwicklungen in den deutschen und europäischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Fachausschuss wird sich als Themenschwerpunkt mit der VGR-Revision 2011 beschäftigen. Daneben wird es voraussichtlich unter anderem noch um die Themen Wohlfahrtsmessung und VGR-Revision 2014 gehen.

Bei Interesse können Sie sich unter: bip-info@destatis.de gerne an das VGR-Infoteam im Statistischen Bundesamt wenden.

Große Revisionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) finden neben den regelmäßigen laufenden Revisionen, alle fünf bis zehn Jahre sogenannte große Revisionen statt.

Die VGR-Revision 2011 dient in erster Linie der Umstellung auf die neuen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen.

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), entspricht der internationalen NACE Rev.2. Die Revision ist innerhalb Europas harmonisiert, sodass es ab September dieses Jahres europaweit revidierte VGR-Ergebnisse nach der neuen NACE Rev.2 gibt.

Detaillierte Informationen zu den Änderungen sowie zu ihren Auswirkungen auf die Ergebnisse werden im Rahmen eines ausführlichen Aufsatzes zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik (WiSta)* demnächst veröffentlicht.

Die revidierten Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnungen für die Jahre ab 1991 finden Sie in der Fachserie 18 „[Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen](#)“.

Alle Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden außerdem in der Datenbank GENESIS des

Statistischen Bundesamtes gespeichert. Ausgewählte Daten und komprimierte Informationen zur Revision werden auch im Internet (www.destatis.de) auf der Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bereitgestellt.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2907 oder unser [Kontaktformular](#).



Unternehmensregister, Industrie, Dienstleistungen

Fachausschuss

„Statistik im Produzierenden Gewerbe“

Im Mittelpunkt der Sitzung des Fachausschusses „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ am 26. September 2011 stand der Meinungsaustausch über die Anforderungen an eine amtliche Konjunkturstatistik aus Sicht der Nutzer. Die Deutsche Bundesbank stellte in ihrem einleitenden Referat die Verwendungsgebiete statistischer Ergebnisse in ihrem Hause dar. Kernpunkt des Vortrags waren die Qualitätsanforderungen an statistische Daten für die Konjunkturanalyse und -prognose. Als Datenlücken, die zu schließen sind, führte die Deutsche Bundesbank vor allem die Berücksichtigung des Ausbaugewerbes und der erneuerbaren Energien im Produktionsindex an sowie eine unterjährige Lagerbestandsstatistik. In der anschließenden Diskussion wurde auf die Schwierigkeiten einer Lagerbestandsstatistik eingegangen, die auch im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gefordert worden ist. Sind die sehr hohen Anforderungen an Qualität und Aktualität einer unterjährigen Lagerbestandsstatistik nicht erfüllt, sind die Daten für die VGR nicht brauchbar. Auf europäischer Ebene wird eine unterjährige Lagerbestandsstatistik ebenfalls diskutiert, aber aufgrund der aktuellen Diskussion über Negativprioritäten wird es wohl keine Ausweitung des statistischen Programms geben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete das Statistische Bundesamt über die Aktivitäten zur Schließung der von der Bundesbank aufgeführten Datenlücken und über den

Stand der Arbeiten bei der Ergänzung der Konjunkturstatistik im Verarbeitenden Gewerbe um den Auftragsbestandsindex. Der Statistische Beirat beauftragte im Juni dieses Jahres das Statistische Bundesamt mit der zügigen Umsetzung des Fachkonzepts zur Einführung des zusätzlichen Merkmals „Auftragsbestand“ im Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe. Gegenwärtig wird das notwendige Gesetzgebungsverfahren in die Wege geleitet. Auch das Datenangebot für das Ausbaugewerbe wird sich künftig verbessern. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entwickeln gegenwärtig ein Verfahren zur Ergänzung der nicht befragten kleineren Einheiten durch Informationen aus Verwaltungsdaten. Dies entspricht einer Forderung Eurostats und einem wichtigen Ziel der Reform der Unternehmensstatistik, nämlich der vollständigen Abdeckung des Berichtskreis im Ausbaugewerbe. Das Mixmodell aus Erhebungs- und Verwaltungsdaten wird Ergebnisse zu den Merkmalen Umsatz und Beschäftigte liefern, die als Messzahlen und Veränderungsraten für das Ausbaugewerbe insgesamt und für ausgewählte Wirtschaftszweige dargestellt werden.

Auch bei der Berechnung des Produktionsindex für das Baugewerbe soll das Ausbaugewerbe berücksichtigt werden. Da monatlich erhobene Daten nicht vorliegen, wurden Alternativen geprüft. Umfangreiche Untersuchungen zeigten, dass die Berechnungen auf der Grundlage von Umsatzangaben aus den Finanzverwaltungen am besten geeignet sind. Auch stehen diese Angaben so rechtzeitig zur Verfügung, dass die enge Terminsetzung bei der Indexberechnung eingehalten werden kann. Es ist geplant, mit der Umstellung auf das Basisjahr 2010 das Ausbaugewerbe in die Berechnung des Produktionsindex zu integrieren. Die Umstellungsarbeiten auf das neue Basisjahr werden voraussichtlich Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein. Neben dem bisherigen Index für das Bauhauptgewerbe wird ein Produktionsindex für das Ausbaugewerbe und das gesamte Baugewerbe zur Verfügung stehen.

Auch wird geprüft, in welcher Weise die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bei der Berechnung des Produktionsindex berücksichtigt werden kann. Mit Beginn des Berichtsjahres 2011 wird erstmals das neue Merkmal „Bezug aus erneuerbaren Energien“ monatlich bei den Netzbetreibern erhoben. Vorbehaltlich der positiven Qualitätsbeurteilung dieses Merkmals kann dann aus diesen Daten die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bei der Berechnung des Produktionsindex berücksichtigt werden. Probleme bereitet allerdings die frühe Verfüg-

barkeit des Produktionsindex. Zu diesem Zeitpunkt liegen die benötigten Daten noch nicht vor. Schon jetzt müssen die Daten für die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern für den vorläufigen Produktionsindex geschätzt werden. Die Schätzung der erneuerbaren Energien ist jedoch noch schwieriger. Diese Probleme sind noch zu lösen. Erstmals könnte mit dem Berichtsmonat Januar 2013 eine entsprechende Veröffentlichung auf der Basis 2010 erfolgen.

Ein weiteres Thema der Sitzung war die Entwicklung eines Konjunkturindicators für die gewerbliche Wirtschaft. Im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik wurde der Wunsch geäußert, für die Bereiche Produzierendes Gewerbe, Binnenhandel und weitere unternehmensnahe Dienstleistungen einen Gesamtindikator zur kurzfristigen Konjunkturbeobachtung zu berechnen. Das Statistische Bundesamt stellte erste Überlegungen zur Diskussion. Gerade im Dienstleistungsbereich besteht – durch das Fehlen monatlicher Daten – noch ein erheblicher Untersuchungsbedarf. Die Mitglieder des Fachausschusses zeigten Interesse an einem so konzipierten Indikator. Dieser muss aber im Kontext mit den von den Wirtschaftsinstituten berechneten qualitativen Gesamtindikatoren und dem vierteljährlichen BIP gesehen werden. Der Fachausschuss wird über die weiteren Untersuchungsergebnisse unterrichtet.

Darüber hinaus informierte das Statistische Bundesamt über den Abschluss der Arbeiten zur Integration der Fachstatistik „Eisen und Stahl“ in die Produktionserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und berichtete über die Ergebnisse der Erhebung „Zugang zu Finanzmitteln“. Diese wurden in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* veröffentlicht (Dr. Söllner, R. in *WiSta* 07/2011; siehe auch Artikel auf S. 25 in diesem Heft).

Das Qualitätskernteam des Statistischen Bundesamtes stellte außerdem die neuen Qualitätsberichte für Nutzer vor und erläuterte anhand des neu konzipierten Qualitätsberichts für den Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes das neue Konzept. Zu den wesentlichen Neuerungen zählt eine an die europäischen Anforderungen angepasste Gliederung der Qualitätsberichte. Damit wird sichergestellt, dass die Qualitätsinformationen auf europäischer und nationaler Ebene für den Nutzer vergleichbar sind.

Als letzter Punkt stand die Novellierung des Energiestatistikgesetzes auf der Tagesordnung. Das Energiestatistikgesetz von 2003, das Grundlage für die amtliche Energiesta-

tistik ist, wird aufgrund verschiedener EU-Richtlinien zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte und entsprechender Novellen des Energiewirtschaftsgesetzes einer modernen Energiepolitik nicht mehr gerecht. Nach der Energiewende der Bundesregierung in diesem Jahr werden weitere Anforderungen an das Energiestatistikgesetz gestellt. Das Statistische Bundesamt berichtet über den Stand der Novellierungsbemühungen und wird den Fachausschuss auf seiner nächsten Sitzung über den weiteren Verlauf unterrichten.

Positive Bilanz für Deutsch-Chinesisches Projekt



Vom 11. bis 18. September 2011 besuchte eine Delegation des Statistischen Bundesamtes das Nationale Statistikamt der Volksrepublik China (NBS) in Peking. Der Besuch fand im Rahmen der seit 1993 durchgeführten bilateralen Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem NBS statt. Zweck der Veranstaltung waren abschließende Beratungen zum Projekt „Verdienst- und Arbeitskostenstatistiken“.

Das NBS Chinas arbeitet seit mehreren Jahren an einer Reform seiner Verdienststatistiken und wird dabei im Rahmen des Kooperationsprojektes von deutschen Experten methodisch unterstützt. Ausgangsbasis sind die bisherigen Totalerhebungen im Bereich der staatlichen Unternehmen. Ein Hauptziel der Reform ist die Ausdehnung dieser Statistiken auf die Privatwirtschaft und die Umstellung von Total- auf Stichprobenerhebungen. Das NBS berichtete über die neue integrierte Unternehmensstatistik bei Großunternehmen, die auch Fragen zu den Verdiensten beinhaltet, sowie über die Verdiensterhebung bei privaten Unternehmen. In beide Erhebungen flossen Erkenntnisse aus dem Kooperationsprojekt ein. Im Statistischen Amt der Provinz Sichuan wurde die praktische Umsetzung mit Vertretern des NBS, des Provinzamtes und der statistischen Ämter von Städten und Gemeinden erörtert. Im Mittelpunkt aller Gespräche standen Fragen der Hochrechnung der Stichprobenergebnisse, der Fehlerrechnung und der Geheimhaltung.

Des Weiteren präsentierten die deutschen Vertreter die methodischen Neuerungen der rollierenden Stichprobe in der Vierteljährlichen Verdiensterhebung und informierten über das Veröffentlichungsangebot und die Interessenten an verdienststatistischen Daten.

Die chinesischen Kooperationspartner betonten, dass das Projekt die Erwartungen voll erfüllt und wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung der chinesischen Verdienststatistiken geliefert habe. Das Kooperationsprojekt endete mit Ablauf des vereinbarten dreijährigen Zeitrahmens.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4460 oder unser [Kontaktformular](#).

Die Kennzeichnung des Dritten Sektors im statistischen Unternehmensregister



Durch das [Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“](#) wurde eine Datenlücke im Bereich der Nonprofit-Forschung geschlossen, indem die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors in Deutschland neu bestimmt wurde.

Im Rahmen des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ)“ hat das Statistische Bundesamt in Kooperation mit dem Centrum für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg (CSI) sowie dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) die Voraussetzungen für eine regelmäßige Berichterstattung in Form eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ geschaffen. Unterstützt und finanziert wurden die Arbeiten vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der Fritz-Thyssen-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung, die gemeinsam das Gesamtprojekt „ZiviZ“ betreiben. Hauptziel war es die Anzahl der Unternehmen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dritten Sektor zu ermitteln sowie die darauf aufbauende modellmäßige Berechnung der Bruttowertschöpfung durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Am 29. Juni 2011 hat das Projekt ZiviZ in Berlin neue Daten aus der amtlichen Statistik vorgestellt. Damit ist erstmals nach über 15 Jahren wieder eine Standortbestimmung des Dritten Sektors möglich.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4284 oder unser [Kontaktformular](#).

Eurostat-Delegation zum Informationsaustausch in Wiesbaden



Am 8. und 9. September 2011 besuchte Maria Helena Figueira, die neue Leiterin des Eurostat-Directories G (Business Statistics), mit ihren Gruppenleitern das Statistische Bundesamt. Der Besuch fand im Rahmen so genannter „Learning Visits“ statt, mit denen sich Maria Helena Figueira über die Organisation der Unternehmensstatistik, der Außenhandelsstatistik und der Preisstatistik vor Ort in den Mitgliedstaaten informieren will. Außerdem bot der Besuch die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Themen und künftige Entwicklungen in den genannten Fachgebieten. Ausgiebig besprochen wurden Arbeitspakete, die Eurostat in der nächsten Zeit in den einzelnen Fachgebieten in Angriff nehmen will und die in engem Zusammenhang mit der Umsetzung der Vision Eurostats für die kommenden Jahre stehen. Das Treffen wurde dazu genutzt, frühzeitig zu den Zukunftsplänen von Eurostat Stellung zu nehmen und die Vor- und Nachteile aus Sicht des Statistischen Bundesamtes zu kommentieren. An der Sitzung nahmen auch Vertreter der Deutschen Bundesbank teil.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2234 oder unser [Kontaktformular](#).

Rund 577 000 Handwerksunternehmen in Deutschland



Die Handwerkszählung liefert, beginnend mit dem Berichtsjahr 2008, jährlich Informationen über die Zahl der Unternehmen, die Zahl der tätigen Personen sowie über den Umsatz im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk. Zusätzlich zur Zahl der tätigen Personen werden die Zahl der geringfügig und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausgewiesen. Die Ergebnisse sind nach Gewerbegruppen und -zweigen, nach Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen und nach Rechtsformen gegliedert.

Im Jahr 2008 waren in Deutschland rund 577 000 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk tätig und erwirtschafteten rund 471,3 Milliarden Euro Umsatz. In den Handwerksunternehmen waren am 31. Dezember 2008 etwa 4,9 Millionen Personen tätig.

Darunter waren knapp 3,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und etwa 750 000 geringfügig entlohnte Beschäftigte.

Weitere Ergebnisse der Handwerkszählung veröffentlicht das Statistische Bundesamt über die Datenbank GENESIS-Online unter dem Stichwort „[Handwerkszählung](#)“ (53111). Zusätzlich gibt es ein Informationsangebot zum Thema „[Handwerk](#)“ auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes. Die [Fachserie 4, Reihe 7.2 mit den Ergebnissen der Handwerkszählung](#) steht kostenlos als Download zur Verfügung.

Detaillierte Ergebnisse für die Bundesländer publizieren die Statistischen Ämter der Länder.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4116 oder unser [Kontaktformular](#).

Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen mit Finanzierungsbedarf 2010 konstant



Die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland, die nach Finanzierungsmitteln gesucht haben, ist im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2007 nahezu konstant geblieben. Gleichzeitig haben sich in diesem Zeitraum die Bedingungen seitens der Kapitalgeber erschwert. Dies geht aus Ergebnissen einer Befragung hervor, die das Statistische Bundesamt in Kooperation mit Eurostat zum Thema „Zugang kleinerer und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln“ durchgeführt hat.

Im Rahmen dieser erstmalig europaweit durchgeführten Erhebung über den Zugang zu Finanzmitteln liegen in Deutschland Befragungsergebnisse von 2 459 kleinen und mittleren Unternehmen vor, die zwischen zehn und 249 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen und nicht aus dem Finanzbereich stammen. Die Befragung fand im vierten Quartal 2010 statt.

Insgesamt gaben 36% der befragten Unternehmen an, sich im Jahr 2010 um eine Finanzierung bemüht zu haben. Nahezu jedes vierte befragte Unternehmen schätzte den erforderlichen Aufwand, eine Finanzierung zu erhalten, im Jahr 2010 höher ein als in 2007.

Detaillierte Auswertungen beinhaltet der [Fachbericht](#), der kostenlos auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes verfügbar ist.

Siehe auch Artikel auf Seite 13 in diesem Heft.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4384 oder unser [Kontaktformular](#).

Unfallreiches Jahr 2010



Kaum eine Erfindung hat den Alltag der Menschen so verändert wie die des Automobils vor 125 Jahren. Die größere Mobilität der Menschen hat leider auch negative Folgen. Dies zeigen die vielen Unfälle, Verletzten und Todesopfer pro Jahr im Straßenverkehr. Die Verkehrssicherheit zu erhöhen, ist deshalb eine

wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Ausgangsbasis hierfür ist die amtliche Straßenverkehrsunfallstatistik, die alle von der Polizei erfassten Unfälle enthält. Sie stellt die Unfallentwicklung in Deutschland dar und ermöglicht europäische Vergleiche. Analysen dieser Datenbasis zeigen, wo Handlungsbedarf besteht und welche Wirkung eingeführte Maßnahmen auf die Verkehrssicherheit haben.

Das Jahr 2010 war das unfallreichste Jahr seit elf Jahren. Die Polizei erfasste bundesweit rund 2,4 Millionen Unfälle, das waren 4,2% mehr als im Jahr 2009. Trotz der gestiegenen Zahl an Unfällen starben im Straßenverkehr so wenig Menschen wie noch nie seit 60 Jahren. Im Jahr 2010 verloren 3 648 Menschen auf deutschen Straßen ihr Leben, 12% weniger als ein Jahr zuvor.

Diese und weitere zentrale Ergebnisse der Straßenverkehrsunfallstatistik hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, Anfang Juni in Berlin vorgestellt.

Umfangreiches Daten- und Informationsmaterial enthalten die Unterlagen zur Pressekonferenz „[Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2010](#)“ des Statistischen Bundesamtes.

Basisdaten und lange Zeitreihen zur Statistik der Straßenverkehrsunfälle können kostenfrei über die Tabelle [Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden \(46241-0001\)](#) in der GENESIS-Online Datenbank abgerufen werden.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4547 oder unser [Kontaktformular](#).



Bevölkerung, Finanzen und Steuern

Qualität des Mikrozensus aus Sicht der Wissenschaft

Die wichtigste Haushaltserhebung der amtlichen Statistik ist der Mikrozensus. Er liefert vielfältige Informationen über die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Deutschland. Da diese Informationen miteinander kombiniert werden können, wird der Mikrozensus nicht nur von der amtlichen Statistik selbst, sondern auch von der Wissenschaft intensiv für Analyse- und Auswertungszwecke genutzt. Durch ihre Arbeit mit dieser Statistik gewinnen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch Erfahrungen mit der Qualität der Daten. Um diese Erkenntnisse in den laufenden Diskussionsprozess über eine Reform beziehungsweise Weiterentwicklung der amtlichen Haushaltsstatistiken einfließen zu lassen, haben die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Personen, die bei ihnen Daten des Mikrozensus oder das Mikrozensus-Panel für wissenschaftliche Projekte nutzen, gebeten, zu ihrem Datenbedarf sowie zur Qualität der Daten Auskunft zu geben.

Die Ergebnisse dieser Befragung werden im Beitrag „Qualität des Mikrozensus aus Sicht der Wissenschaft: Ergebnisse einer Nutzerbefragung“ in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* ([Heft 06/2011](#)) vorgestellt.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 3277 oder unser [Kontaktformular](#).

Zahl der Einbürgerungen 2010 leicht angestiegen



Im Verlauf des Jahres 2010 wurden in Deutschland knapp 101 600 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren 5 500 Einbürgerungen mehr als 2009 (+ 5,7%) und 7 100 mehr als 2008 (+ 7,5%).

Weitere Ergebnisse enthält die [Fachserie 1, Reihe 2.1 „Einbürgerungen“](#). Sie beruhen auf der jeweils zum 31. Dezember eines Jahres vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Auswertung der von den Ein-

bürgerungsbehörden der Länder über die Statistischen Ämter der Länder übermittelten Angaben. Es werden die in Deutschland im Laufe des Berichtsjahres vollzogenen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern nach bisheriger Staatsangehörigkeit, Rechtsgrund der Einbürgerung, Aufenthaltsdauer, Alter, Familienstand und nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit nachgewiesen.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4323 oder unser [Kontaktformular](#).

Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland hatte 2010 einen Migrationshintergrund



Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund stieg 2010 leicht an, sie lag bei gut 15,7 Millionen Menschen. Das entsprach einem Anteil von 19,3% an der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

Zwei Drittel aller Menschen mit Migrationshintergrund sind zugewandert. Europa ist für die Zuwanderung von besonderer Bedeutung: Die meisten, nämlich 69,5% der insgesamt 10,6 Millionen Zuwanderer stammten 2010 aus Europa. Nach einzelnen Ländern betrachtet waren die wichtigsten Herkunftsländer die Türkei (14,1%), Polen (10,5%) und die Russische Föderation (9,2%).

Weitere Informationen bietet die Fachserie 1, Reihe 2.2 „Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2010“, die kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de erhältlich ist. Hier findet sich ab sofort auch die revidierte Fachserie zum Berichtsjahr 2009. Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4323 oder unser [Kontaktformular](#).

24 904 Euro öffentliche Schulden je Einwohner/-in 2010



Zum Jahresende 2010 war der öffentliche Gesamthaushalt beim nicht-öffentlichen Bereich mit 2 035,9 Milliarden Euro verschuldet. Dies entsprach rechnerisch einer Schuldenlast von 24 904 Euro je Einwohner/-in.

Der größte Anteil öffentlicher Schulden

entfiel auf den Bund und lag bei 16 048 Euro je Einwohner/-in, gefolgt von den Ländern mit 7 339 Euro je Einwohner/-in.

Der Anteil öffentlicher Schulden von Gemeinden/Gemeindeverbänden lag bei 1 628 Euro je Einwohner/-in (der Flächenländer), auf die gesetzliche Sozialversicherung entfielen 7 Euro je Einwohner/-in.

Weitere detaillierte Daten können der [Fachserie 14, Reihe 5 „Schulden der öffentlichen Haushalte 2010“](#) entnommen werden, die kostenlos auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes verfügbar ist.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4203 oder unser [Kontaktformular](#).



Umwelt, Außenhandel

Vorankündigung: Fachausschuss „Handelsstatistik“

Das Statistische Bundesamt veranstaltet am 30. November 2011 in Bonn den Fachausschuss „Handelsstatistik“ diesmal mit dem Themenschwerpunkt „Außenhandel“.

Als Schwerpunktthemen sind geplant:

- Weiterentwicklung von Intrastat,
- Anpassung der Revisionen an EU-Standards und
- Neue Veröffentlichungsangebote

Bei Interesse können Sie sich unter unserer Rufnummer 0611 75 2993 anmelden.

Abfallentsorgung



Das Aufkommen, die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen wird in der Fachserie 19 Reihe 1 „[Abfallentsorgung](#)“ dokumentiert. Alle zwei Jahre, jeweils in den geraden Jahren, werden darüber hinaus bestimmte Ausstattungsmerkmale erhoben, wie z. B. die Kapazität der Anlage oder bei Deponien, die voraussichtliche Ablagerungsdauer, der Anschnitt des

Grundwasserspiegels, die Entsorgung des Sickerwassers sowie die Verwendung und Abgabe des gewonnenen Biogases oder auch die Art der Abgasreinigung und Behandlung von Verbrennungsrückständen bei den befragten Abfallanlagen.

Die Fachserie steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8217 oder unser [Kontaktformular](#).

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen



Im Jahr 2010 ereigneten sich 2 460 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, das waren 6% (+ 147 Unfälle) mehr als 2009. Dabei wurden rund 24 Millionen Liter wassergefährdender Stoffe freigesetzt – dies entspricht dem Inhalt von 960 Tanklastzügen.

Häufige Unfallursachen im Jahr 2010 waren das Versagen von Schutzeinrichtungen sowie Materialmängel an Behältern und menschliches Fehlverhalten.

Weiterführende Ergebnisse und Informationen, unter anderem zur Definition von wassergefährdenden Stoffen und zu deren Klassifizierung, enthält die Fachserie 19, Reihe 2.3 „[Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen](#)“, die kostenfrei auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden kann.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8211 oder unser [Kontaktformular](#).



Soziales, Bildung

Armutsgefährdung in den Bundesländern weiter unterschiedlich

Die Armutsgefährdung der Menschen in Deutschland ist weiterhin regional sehr unterschiedlich. Im Jahr 2010 war etwa jeder fünfte Mensch in Mecklenburg-Vorpommern (22%) und Bremen (21%) armutsgefährdet. In den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern war

das Armutsrisiko lediglich halb so hoch: Dort war ungefähr jede neunte Person von Armut gefährdet (jeweils 11%).

Diese Ergebnisse gehen aus aktuellen Berechnungen auf Basis des Mikrozensus für das Jahr 2010 hervor, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ durchgeführt wurden.

Im Vergleich zum Jahr 2005 ist die Armutsgefährdung in Ostdeutschland um gut einen Prozentpunkt gesunken, während sie in Westdeutschland nahezu unverändert blieb. Am stärksten war der Rückgang in Brandenburg: Dort war das Armutsrisiko mit 19% im Jahr 2010 fast drei Prozentpunkte geringer als 2005.

Diese und weitere Armuts- und Sozialindikatoren, zum Teil in tiefer regionaler Gliederung, sowie detaillierte methodische Erläuterungen zu den Datenquellen und den angewandten Berechnungsverfahren stehen im Internet-Angebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de zur Verfügung. Dort finden sich auch Armutsgefährdungsquoten, die auf Basis regional unterschiedlicher Armutsgefährdungsschwellen ermittelt wurden. Das Informationsangebot wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8705 oder unser [Kontaktformular](#).

Kaufmann/-frau im Einzelhandel 2010 häufigster Ausbildungsberuf



Insgesamt 559 032 Jugendliche haben 2010 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Dies waren 0,4% weniger als im Vorjahr. Der Beruf Kaufmann/-frau im Einzelhandel belegte mit 33 345 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen erneut den Spitzenplatz. Rund ein Drittel der neu abgeschlossenen Verträge konzentrierte sich auf die zehn häufigsten Ausbildungsberufe in Deutschland.

Zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen gibt es Unterschiede bei der Berufswahl. Die meisten weiblichen Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Vertrag begannen im Jahr 2010 eine Ausbildung im Beruf Kauffrau im Einzelhandel. Die männlichen Jugendlichen wählten am häufigsten den Beruf Kraftfahrzeugmechatroniker.

Auch die schulische Vorbildung beeinflusst die Berufswahl. Jugendliche mit Hochschulzugangsberechtigung konzentrierten sich zumeist auf Berufe in Industrie, Handel und Bankenwesen. Jugendliche mit Realschul- oder einem vergleichbaren Abschluss ergriffen am häufigsten eine Ausbildung in den Berufen Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau und Kraftfahrzeugmechatriker/-in. Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss schlossen am häufigsten einen Ausbildungsvertrag in den Berufen Verkäufer/-in, Kaufmann/-frau im Einzelhandel und Friseurin ab. Auch bei Jugendlichen, die eine duale Ausbildung antreten ohne einen Hauptschulabschluss zu besitzen, rangierte der Beruf Verkäufer/-in auf Platz eins.

Detaillierte Informationen über Auszubildende, z. B. nach Ausbildungsbereichen und Ausbildungsberufen, über neu abgeschlossene und vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sowie über Teilnahmen an Abschlussprüfungen bietet die [Fachserie 11, Reihe 3](#), die als kostenloser Download erhältlich ist.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4150 oder unser [Kontaktformular](#).

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Marcus Kuhlmann wurde als Nachfolger von Karl Adolf Scholz als Vertreter des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) in den Statistischen Beirat berufen.

Als ständige Vertreterin von Dr. Eveline von Gäßler (Bundesministerium für Bildung und Forschung) im Statistischen Beirat wurde Oberregierungsrätin Dr. Susanne von Below benannt.

Statistisches Bundesamt

Direktor beim Statistischen Bundesamt, Dieter Sarreither, wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2011 die Funktion des Vizepräsidenten beim Statistischen Bundesamt probeweise übertragen. Seit 1. August 2011 ist er zugleich Stellvertreter des Bundeswahlleiters.

Zu Leitenden Regierungsdirektoren/-innen wurden ernannt:

- Regierungsdirektor Peter Schmidt, Leiter der Gruppe B 2 „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“,
- Regierungsdirektor Thomas Riede, Leiter der Gruppe B 3 (B 301–B 303) „Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Informationsmanagement“,
- Regierungsdirektorin Doris Stärk, Leiterin der Gruppe B 3 (B 304–B 309) „Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Informationsmanagement“,
- Regierungsdirektorin Beate Glitza, Leiterin der Gruppe C 3 „Entwicklung und Betreuung von Fachanwendungen, Informationssysteme, IT-Planung und -Koordination“,
- Regierungsdirektor Martin Beck, Leiter der Gruppe E 1 „Unternehmensregister, Klassifikationen, Verdienste, übergreifende Unternehmensstatistiken“,
- Regierungsdirektorin Birgit Frank-Bosch, Leiterin der Gruppe E 2 „Industrie, Bau, Energie“,
- Regierungsdirektorin Dr. Ruth Brand, Leiterin der Gruppe G 1 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“,
- Regierungsdirektorin Karin Böhm, Leiterin der Gruppe H 1 (H 101–H 104) „Gesundheit, Soziales“,
- Regierungsdirektor Heinz-Werner Hetmeier, Leiter der Gruppe H 2 „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“,
- Regierungsdirektorin Anette Stuckemeier, Leiterin der Gruppe H 3 „Einkommen, Verbrauch, Lebensbedingungen und Zeitbudgets privater Haushalte“.

Regierungsrat Rainer Opfermann, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates E 102 „Unternehmensregistersystem 95, Betrieb der zentralen Datenspeicher“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Regierungsdirektor Bernhard Veldhues, Leiter der Gruppe E 3 „Dienstleistungen, Verkehr, Tourismus“, wurde zusätzlich die Leitung der Referate E 303–E 306 (Verkehrstatistiken) übertragen.

Diplom-Soziologe Jörg Enderer, M.A., mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates F 205 „Erhebung und Aufbereitung von Mikrozensus und Arbeitskräftestichprobe“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Diplom-Volkswirtin Juliane G u d e , mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates F 310 „Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern, Steuerhaushalt, Realsteuervergleich“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Regierungsdirektor Fritz P f r o m m e r , Leiter in der Gruppe C 3 „Entwicklung und Betreuung von Fachanwendungen, Informationssysteme, IT-Planung und -Koordination“ ist mit Ablauf des 31. Juli 2011 in den Ruhestand getreten.

Regierungsdirektor Dieter B i e r a u , Leiter in der Gruppe E 3 „Dienstleistungen, Verkehr, Tourismus“ ist mit Ablauf des 31. August 2011 in den Ruhestand getreten.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zum 21. September 2011 wurde Herr Oberregierungsrat Karl M u n z , Leiter des Referats 13 „Zentrale Anwenderbetreuung, DV-Produktion und Anwendungsentwicklung“, zum Regierungsdirektor ernannt.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum Juli bis September 2011*		
5./6. Juli 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
28. Juli 2011	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
13. – 15. September 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
19. – 22. September 2011	Leipzig	Statistische Woche
20. September 2011	Leipzig	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
26. September 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
28./29. September 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
Tagungen im Zeitraum Oktober 2011 bis März 2012*		
4./5. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
5./6. Oktober 2011	Berlin	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
11./12. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
12./13. Oktober 2011	Mettlach	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
12./13. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
13./14. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
18./19. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
18. – 20. Oktober 2011	Potsdam	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
20./21. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
25. Oktober 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Berufsbildungsstatistik“
25./26. Oktober 2011	München	Arbeitskreis „Regionalstatistik“
25./26. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
25. – 27. Oktober 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
26. Oktober 2011	Bonn	Fachausschuss „Umweltstatistiken/Umweltökonomische Gesamtrechnungen“
26./27. Oktober 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
2./3. November 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
3./4. November 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
4. November 2011	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
8./9. November 2011	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
8./9. November 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
9. November 2011	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
9./10. November 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
9./10. November 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
22./23. November 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
29./30. November 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
30. November 2011	Bonn	Fachausschuss „Handelsstatistik“ (hier: Außenhandel)
7./8. Dezember 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“
18./19. Januar 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
28./29. Februar 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
13./14. März 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
15. März 2012	Wiesbaden	Fachausschuss „Handelsstatistik“ (hier: Binnenhandel)
20./21. März 2012	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
27./28. März 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
27. – 29. März 2012	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
28./29. März 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungs- statistik“

Organisationsplan

Stand: 10. Oktober 2011, Aktenzeichen: A101/13010011-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefon: +49 (0) 611 75-1
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDs Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Dienstort Wiesbaden
- Dienstort Wiesbaden/Bonn
- Dienstort Bonn
- Dienstort Berlin

^{*)} Zweigstelle Bonn
^{**)} zugleich Leiter der Zweigstelle Bonn